Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1918

62 (14.3.1918)

Visual Library

No. 62. Karlsruhe, Donnerstag den 14. März 1918. 38. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 1.10 M, ¼jährl. 3,30 M. Zugestellt durch unsere Träger 1,20 bezw. 3,60 M; durch die Post 1,24 M bezw. 3,72 M; durch die Feldpost 1,25 M bezw. 3,60 M, vorauszahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftszeit: ½8—½1 u. 2—½6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelzeile od. deren Raum 20 ₰. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme ½9 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Kriegsnachrichten.

Deutscher Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 13. März. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. In vielen Abschnitten lebte am Abend der Artilleriekampf auf. Die Erkundungstätigkeit blieb rege.

Bei Abwehr eines belgischen Vorstoßes östlich von Nieuport nahmen wir einen Offizier und 30 Mann gefangen. Eigene Unternehmungen östlich von Zonnebeke und südwestlich von Fromelles brachten 23 Engländer und Portugiesen ein. In der Champagne stürmten westpreußische Kompagnien nach starker Feuervorbereitung die französischen Gräben nordöstlich von Prosnes und kehrten nach Zerstörung der feindlichen Anlagen mit 90 Gefangenen in ihre Linie zurück.

Starke Erkundungstätigkeit in der Luft führte zu heftigen Kämpfen. Wir schossen gestern 19 feindliche Flugzeuge und 2 Fesselballone ab. Rittmeister Frhr. von Richthofen errang seinen 64., Leutnant Frhr. von Richthofen seinen 28. und 29. Luftsieg.

Osten. Deutsche und österr.-ungarische Truppen stehen vor Odessa.

Mazedonische Front. Bei Marcowo im Cerna-Bogen hielt die seit einigen Tagen durch eigenen erfolgreichen Vorstoß hervorgerufene erhöhte Feuertätigkeit der Franzosen auch gestern an.

An der

Italienischen Front

nichts Neues.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutsche Truppen in Odessa.

WTB. Berlin, 14. März, abends. (Amtlich.) Deutsche Truppen sind in Odessa eingedrungen.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 13. März. (WTB. Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart: Wien, 13. März, mittags:

Oesterreichisch-ungarische und deutsche Truppen stehen vor Odessa.

In Venetien griffen zwei österreichisch-ungarische Kampfstaffeln zur Vergeltung feindlicher Luftangriffe den italienischen Flugplatz nördlich von Mestre an. Vier feindliche startbereite Jagdstaffeln wurden überfallen, von 300 bis 400 Meter Höhe aus mit Bomben beworfen und unter heftiges Maschinengewehrfeuer genommen. Eine italienische Flugzeughalle stürzte ein. Unsere Flieger kehrten vollzählig zurück und bombardierten auf der Heimfahrt noch Trevisio und die feindlichen Gräben an der Piave.

An der Tiroler Front besiegte Oberleutnant Linke den 20. Gegner im Luftkampf.

Der Chef des Generalstabs.

Türkischer Bericht.

WTB. Konstantinopel, 13. März. (Nicht amtlich.) Amtl. Bericht von gestern. An der Palästina-Front herrschte heute, abgesehen von schwachem Artilleriefeuer, Ruhe. Die am 9. März bei Tagesanbruch begonnenen feindlichen Angriffe, die fast ohne Unterbrechung bis zum 10. März spät in die Nacht andauerten, wurden durch die heldenmütige Abwehr unserer Truppen abgeschlagen. Der augenscheinlich vom Feinde angestrebte Zweck des Durchbruchs an der Straße Jerusalem-Nablus ist gescheitert. Vor Erzerum leisteten die Armenier unseren Truppen ernstlichen Widerstand. Nachdem noch gestern unser Angriff bis an die Drahthindernisse einer Befestigungsstellung vorgetragen war, wurden heute Nacht in glänzendem Angriff die Hindernisse überrannt und die feindlichen Banden zurückgeworfen. Unsere Truppen rückten in Erzerum ein und bemühten sich, die von den Armeniern verursachten Brände zu löschen.

Feindlicher Fliegerangriff auf Freiburg.

Karlsruhe, 14. März. (Amtlich.) Heute morgen gegen 4 Uhr griffen 8 feindliche Flugzeuge abermals die offene Stadt Freiburg i. Br. an. Es wurden mehrere Bomben abgeworfen. Keinerlei militärischer Schaden. Einiger Sachschaden an Häusern. Verletzt wurden 5 Personen, darunter eine Krankenschwester und zwei Lazarettinsassen. Zwei feindliche Flugzeuge wurden abgeschossen. (Z.)

Angriff deutscher Luftschiffe auf englische Plätze.

WTB. Berlin, 13. März. (Amtlich.) In der Nacht vom 12. zum 13. März hat eines unserer Luftschiffgeschwader mit großem Erfolg befestigte Plätze und militärische Anlagen am Humber und in der Grafschaft York angegriffen. Die Schiffe stießen auf starke artilleristische Gegenwehr, die den Angriff aber nicht aufhalten konnte. Alle Schiffe sind unbeschädigt zurückgekehrt. Die Führung hatte auch diesmal wieder Fregattenkapitän Strasser. Aus der Zahl der Kommandanten verdienen als oft bewährte Englandfahrer erwähnt zu werden: Korvettenkapitän d. R. Proelß, Kapitänleutnant Frhr. Preusch, von Buttlar-Brandenfels, Kapitänleutnant Ehrlich (Herbert), Hauptmann Manger und Kapitänleutnant Freudenreich.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Englischer Bericht.

London, 12. März. (WTB. Nicht amtlich.) Reuter. Amtlich. Ein oder zwei Luftschiffe flogen heute Abend spät die Küste von Yorkshire an. Wie gemeldet wird, fielen einige Bomben in kurzer Entfernung auf Binnenland. Die Verluste belaufen sich auf nisgesamt 20 Tote und 40 Verletzte. Man befürchtet, daß noch eine Leiche unter den Trümmern vergraben liegt.

Zum letzten Fliegerangriff auf Paris.

WTB. Bern, 13. März. (Nicht amtlich.) Ag. Hav. Bei dem feindlichen Luftangriff wurden in Paris selbst 29 Personen getötet und 50 verwundet. In der Bannmeile wurden 5 Personen getötet und 29 verwundet. 66 Personen, meist Frauen und Kinder, wurden totgedrückt in dem Gedränge, das infolge des panikartigen Schreckens am Eingang der Untergrundbahn entstand, wo die Menge Zuflucht suchte. Besonders betroffen wurde ein Hospital, wo 6 Personen getötet und 7 verwundet wurden.

Genf, 13. März. Die Pariser Untergrundbahnstation, auf deren Eingangstreppe 66 Personen bei dem Fliegerangriff erdrückt worden sind, gehört nicht zu den Stationen ersten Ranges. Der schmalen Treppe drängten gleichzeitig viele Hunderte von Personen von zwei Straßenecken zu. Die Polizei war machtlos, die Anstürmenden zurückzuhalten. Die benachbarten Haustüren waren gesperrt und in unmittelbarer Nähe loderten die Flammen empor, die mehrere Granattreffer hervorgerufen hatten. Man hatte versäumt, Polizei aufzustellen, um dem Publikum den Zugang zu anderen Untergrundbahnstationen zu weisen. Daher die furchtbare opferreiche Panik. Die Gesamtzahl der Opfer in Paris und seiner Bannmeile übersteigt 150. Auch der Materialschaden ist sehr bedeutend. Der Pariser Gemeinderat hielt anläßlich des Luftangriffs eine Sitzung ab, die einen sehr lebhaften Verlauf genommen haben soll. Es dürfen jedoch nur die mit der Bestattung der Opfer zusammenhängenden Beschlüsse bekanntgegeben werden. Die Wiederholung der Reden wurde von der Zensur verboten.

Genf, 13. März. Die Regierung hat der Presse jede Mitteilung außerhalb der kurzen Tagesberichte des Kriegsministeriums verboten, so daß die Wirkung des Angriffes vorläufig nicht festzustellen ist. In den Zeitungen vom Sonntag liegt nur ein Artikel des Abgeordneten Sembat in der „Heure" vor, der erkennen läßt, daß der Eindruck des vorletzten Angriffs vom Freitag sehr tief geht und daß die amtlichen Berichte, die von der ruhigen Haltung der Bevölkerung und der Vortrefflichkeit der Abwehrmaßregeln sprechen, genau das Gegenteil der Wahrheit verkündet haben. Die Pariser Bevölkerung hatte, dem Abgeordneten Sembat zufolge, die Hoffnung, daß die Luftangriffe eingestellt seien, weil die Regierung nach dem Angriff auf Paris vom 30. Januar beschlossen haben sollte, keine deutschen Städte mehr beschießen zu lassen. Das Kriegsministerium erließ in der Tat auch am letzten Samstag eine amtliche Erklärung, worin bestritten wurde, daß französische Flieger Trier, Mannheim und Pirmasens beschossen hätten. Diese Antwort auf den deutschen Tagesbericht ist absichtlich zweideutig. Der deutsche Tagesbericht spricht nicht von französischen, sondern von feindlichen Fliegerangriffen auf die genannten Städte, und in der Tat haben die Tagesberichte der britischen Armee diese Angriffe mitgeteilt. Die französische Regierung möchte also die Schuld von sich abwälzen, wagt es aber nicht, die Engländer zu denunzieren.

Berlin, 14. März. Der amerikanische Kriegsminister Baker und der amerikanische Vertreter im Kriegsrat von Versailles, General Bliß, hatten gerade eine Konferenz, als der Luftangriff auf Paris stattfand. Der Hoteldirektor drängte darauf, daß sie sich in den Keller begeben sollten, wo die Konferenz fortgesetzt wurde. Bevor noch das Signal gegeben war, daß es wieder sicher sei, verließen sie den Keller und suchten ihre Zimmer wieder auf. Der Kriegsminister Baker erklärte laut „Berl. Lokalanz." Journalisten gegenüber: Wir schicken unsere Truppen nach Europa, um die Welt von diesen Schrecknissen zu befreien.

Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und Rußland.

WTB. Wien, 13. März. (Nicht amtlich.) Das ukrainische Büro meldet: Kiewer Blättern zufolge begannen in Kiew die Friedensverhandlungen zwischen Rußland und der Ukraine.

Japan.

WTB. Tokio, 13. März. (Nicht amtlich.) Reuter. In Erwiderung einer Anfrage im Abgeordnetenhaus am 9. März erklärte Minister Motono, er habe von den Alliierten keine Aufforderung erhalten, Truppen nach Sibirien zu schicken. Es bestehe aber ein andauernder Meinungsaustausch. Eine nähere Erklärung würde unzeitgemäß sein. Der Führer der Opposition sprach sich zu Gunsten einer militärischen Aktion aus. Der Premierminister erwiderte, bisher sei noch keine Entschließung bezüglich der Truppenabsendungen gefallen, aber die Regierung widme ihr die größte Sorge.

Kurland.

* Karlsruhe, 14. März.

Wie der gestrige Draht meldete, hat der kurländische Landesrat dem deutschen Kaiser die Herzogskrone Kurlands angeboten und gleichzeitig dem Wunsche Ausdruck verliehen, daß das ganze Baltenland zu einer staatlichen Einheit im Anschluß an das Deutsche Reich zusammengefaßt werde. Ferner wird berichtet, daß Reichskanzler Graf Hertling die Kommission des Kurländischen Landesrates empfängt, die zu diesem Zweck nach Berlin kommt. Eine amtliche Mitteilung über dieses Ereignis ist bis jetzt nicht erfolgt. Vor allem wird der Reichstag dieses Angebot nach allen Seiten zu prüfen haben. So im Handumdrehen wird sich wohl die Sache nicht machen lassen. Bekanntlich hat Deutschland, auf dem Papier wenigstens, ein annektionsloses Friedensprogramm aufgestellt. Man kann zugeben, daß solches nicht ohne weiteres durchbrochen würde, wenn eine Regierungsvertretung, welche in Wirklichkeit den Volkswillen repräsentiert, aus freien Stücken den Anschluß an das Deutsche Reich anbietet. Aber auch dann würde der Einverleibungsakt von unseren Feinden als Annexion verschrien werden. Aber der Ausschuß der baltischen Barone, der sich „kurländischer Landesrat" nennt, repräsentiert ebensowenig den Volkswillen, wie die mecklenburgische Ritterschaft und es ist noch lange nicht heraus, wie in Wirklichkeit das kurländische Volk darüber denkt. Der kurländische Antrag könnte also eher zu einem Danaergeschenk an das deutsche Volk werden, wie zu einem wirklichen Gewinn.

Soweit uns bis jetzt Pressestimmen einflußreicher deutscher Zeitungen zu Gesicht kommen, verhalten sich dieselben sehr skeptisch dem Vorschlag gegenüber. So schreibt die „Frankfurter Zeitung:"

„Obgleich das Verhältnis der Letten zu den Deutschen in der Vergangenheit sehr viel zu wünschen übrig läßt, ist das Problem, dieses kleine, wenige Hunderttausende zählende protestantische Volk mit dem Deutschtum auszusöhnen, wohl nicht unlösbar, wenn eine gerechte Staatspolitik sich seiner annimmt und es gegen den Druck des Großgrundbesitzerstandes und die Versuche der gewaltsamen Germanisierung beschützt. Aber die vom Landesrat vorgeschlagene Neuregelung der staatlichen Verhältnisse gibt zu großen Bedenken Anlaß. Denn wenn man diesen Landesrat für befugt erachten sollte, den Landesherrn zu erwählen, so wird man ihn vielleicht überhaupt als ein zur Bestimmung der Konstitution und zur Gesetzgebung ausreichendes Organ betrachten, und das ist er nach Art seiner Zusammensetzung höchstwahrscheinlich nicht. Es entsteht die Gefahr, daß in einem organisch mit Deutschland zu verbindenden Lande eine nicht wirklich den Willen des Volkes vertretende Körperschaft die grundlegenden Einrichtungen festsetzt, und daß diese schon in der Anlage verfehlte, in der weiteren Entwicklung voraussichtlich zu bedenklichen Folgen führende Staatsordnung nachher eben durch die Verbindung mit Deutschland, oder sagen wir es deutlicher, durch den Druck Deutschlands aufrecht erhalten würde. Es könnten in einem Lande, in dessen Verhältnisse weder der deutsche Reichstag noch der preußische Landtag hineinzureden haben, Zustände herrschen bleiben, die zu auswärtigen Verwicklungen den Grund legen, und das deutsche Volk würde die Kosten dafür tragen."

Das „Berliner Tageblatt" erinnert daran, daß in Brest-Litowsk der Staatssekretär v. Kühlmann wiederholt erklärt hat, daß die gegenwärtig in den von Rußland losgelösten Gebieten bestehenden Körperschaften erst ausgebaut und erweitert werden und dann über die Zukunft ihres Gebietes entscheiden sollen, und wirft die Frage auf, ob der kurländische Landesrat wirklich auch das Lettentum vertritt. Das Blatt schreibt dann weiter:

„Die Uebertragung der Herzogswürde von Kurland an den Kaiser darf keine dynastische Angelegenheit sein, und dynastische Angelegenheiten darf es bei der Neuordnung der Dinge nach diesem Kriege überhaupt nicht geben. Schon in jener Debatte vom 5. Dezember 1911 sagte der Abg. Bebel: „Die Völker wissen nicht, was mit ihnen geschieht, und dabei steht ihr Wohl und Wehe auf dem Spiel. Das geht auf die Dauer nicht mehr!" Der Reichstag, der aus der Vergangenheit gelernt haben kann, hat die Pflicht, das Angebot des Landesrats von Kurland gewissenhaft zu prüfen und alle Konsequenzen zu erwägen, die sich daraus ergeben können."

Nur die „Kreuzzeitung" ist Feuer und Flamme für die Sache und meint:

„Mit Genugtuung wird man in der nun wohl endgültig gesicherten Angliederung Kurlands den ersten Siegespreis erblicken, den uns dieser große Krieg gebracht hat. Ob sich freilich die Hoffnungen des kurländischen Landesrats auf die Angliederung des ganzen Baltenlandes ohne weiteres erfüllen lassen werden, muß die Zukunft lehren."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ein Vorschlag zum neuen Reichstagswahl-Gesetzentwurf.

Von Oskar Geck (Mannheim), M. d. R.

Der „Entwurf eines Gesetzes über die Zusammensetzung des Reichstags und die Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen" ist so ziemlich von allen Parteien mit einem nassen und einem heiteren Auge aufgenommen worden. Wie alle Kompromisse — und er ist ein solches — befriedigt er Niemanden. Während er den Leuten auf der Rechten viel zu weit geht, muß er uns als ärmliches Flickwerk erscheinen, das die Blößen des bestehenden Wahlgesetzes nur notdürftig zu verdecken vermag. Auf jener Seite empfindet man die Konzession der Regierung an die Notwendigkeit der Aenderung des Bestehenden schon als einen bedenklichen Schritt auf der „schiefen Ebene" demokratischer Reformen; hier verhehlt man sich nicht, daß der Entwurf, weit entfernt, dem längst empfundenen Uebel wirkungsvoll abzuhelfen, sich insofern lediglich als Feind des Besseren erweisen könnte, als er der dringend nötigen durchgreifenden Reform der Reichstagswahlgesetzgebung im Sinne wirklicher, und nicht bloß auf dem Papier stehender demokratischer Gleichberechtigung aller Wähler den Weg verlegt.

Die Regierung bezeichnet die Vorlage in deren Begründung selbst ausdrücklich als „Teilreform", womit sie implicite zugesteht, daß eigentlich das Ganze einer Umgestaltung bedürfe. Die Inangriffnahme der letzteren im gegenwärtigen Zeitpunkt wird dabei nicht grundsätzlich abgelehnt, sondern lediglich aus praktischen Bedenken vertagt: weil die letzte Volkszählung, auf die sich die Neueinteilung der Wahlkreise zu stützen hätte — die vom 1. Dezember 1910 — bereits veraltet sei, und weil sich die Verschiebung der Bevölkerung infolge des Krieges zurzeit statistisch noch nicht erfassen lasse. Freilich, die Regierung befindet sich dabei in formeller Uebereinstimmung mit der Reichstagsentschließung vom 6. Juli 1917, die ausdrücklich nur eine vorläufige Regelung der Frage, die Vermehrung der Mandate der „Wahlkreise mit besonders starkem Bevölkerungszuwachs" unter Einführung der Verhältniswahl für dieselben, wünscht „bis zu einer allgemeinen neuen Festsetzung des Verhältnisses der Wählerzahl zu der Zahl der Abgeordneten". Ich glaube aber nicht, daß die Befürworter dieser Entschließung sich die vorläufige Lösung der Frage so gedacht haben, wie sie der Regierung beliebte, vermute vielmehr, daß auch außerhalb meiner, der sozialdemokratischen, Fraktion auf der Linken des Reichstags die Empfindung vorherrscht, es habe in der Regierung mehr die Absicht bestanden, so zu tun, als ob etwas geschehe, als wirklich etwas zu tun.

Auf alle Fälle scheint mir so viel festzustehen, daß der Aufwand an äußeren Veränderungen (in der Einteilung der Wahlkreise) und an politischen Neuerungen (durch Einführung der Verhältniswahl), den die Regierungsvorlage bedingt, in keinem Verhältnis steht zu den Wirkungen, die die Reform im Sinne eines Ausgleichs der ungeheuerlichen Ungleichheiten in der bestehenden Wahlkreiseinteilung zu zeitigen vermag. Wobei ich ganz absehen will von einer Nachprüfung der Vorlage daraufhin, ob die vorgeschlagene Neugruppierung der großstädtischen und industriezentralen Wahlkreise nicht da oder dort den Verdacht dessen aufkommen läßt, was man unter „Wahlkreisgeometrie" verstehen gelernt hat, und ob sich die Regierung zur Einführung der Verhältniswahl gerade im jetzigen Zeitpunkt nicht etwa deshalb leichter entschlossen hat, als es ihre grundsätzlichen Bedenken gegen dieses System vermuten ließen, weil sie hofft, in einer Reihe von Bezirken, die bei den nächsten Wahlen für sozialistische Mehrheiten reif geworden wären, auf diese Weise wenigstens noch einige Mandate für die bürgerlichen Parteien retten zu können. Jedenfalls scheint mir dem Vorschlag der Regierung gegenüber die Frage berechtigt: ist das, was da an politischen Verbesserungen gegenüber dem bestehenden Zustand erreicht werden kann, nicht mit weit einfacheren Mitteln erreichbar? Und kann derselbe Erfolg nicht erzielt werden unter Vermeidung solcher Veränderungen in der äußeren Organisation des Wahlmechanismus, daß der Gedanke, diese Reform solle die Reform überhaupt sein, das Gute könnte mithin dem Bessern den Weg verlegen, von vornherein ausgeschlossen erscheint?

Der folgende Vorschlag soll die Antwort auf diese Fragen im bejahenden Sinne geben.

Selbstverständlich, daß es sich dabei nur um allgemeine Grundzüge, nicht etwa um einen gesetzestechnisch vollkommenen und fertigen Entwurf handeln kann, der einfach an die Stelle der Regierungsvorschläge zu treten hätte. Einen solchen auszuarbeiten, wäre Sache der zuständigen Regierungsstellen; so viel wird der geneigte Leser aber sofort erkennen, daß diese Arbeit in der allerkürzesten Frist bewältigt werden könnte, eine Verschleppung des ganzen Gesetzgebungswerkes also keineswegs die Folge der Annahme meiner Grundzüge sein müßte. Im folgenden seien diese Grundzüge kurz skizziert:

1. Die Zahl der Mitglieder des Reichstags wird auf 450 erhöht.

2. Die gegenwärtigen 397 Wahlkreise bleiben unverändert; desgleichen findet die Wahl der Abgeordneten in den 397 Kreisen nach dem bisherigen Mehrheitssystem statt.

3. Die über die 397 Sitze hinaus verbleibenden 53 Mandate — sogenannte Zusatz-Mandate — dienen dazu, die politischen Ungerechtigkeiten zu mildern, die sich aus der Ungleichheit der Zahl der auf die einzelnen Wahlkreise entfallenden Wahlberechtigten ergeben.

Zu diesem Zweck werden die Zusatz-Mandate denjenigen Parteien zugeteilt, deren Gesamtstimmenzahlen bei den allgemeinen Hauptwahlen, auf den Kopf der den einzelnen Parteien insgesamt zugefallenen Abgeordneten berechnet, die höchsten Durchschnittsziffern ergeben, und zwar nach Maßgabe dieser Ziffern.

Einzelkandidaturen (sog. „Wilde") werden den Parteien dabei gleichgestellt.

4. Die Anerkennung der einzelnen Wahlbewerber als Angehörige einer bestimmten Partei ist von deren Organisationen den Staatsbehörden gegenüber zu gewährleisten.

5. Als gewählt innerhalb der einzelnen Parteien gelten diejenigen Bewerber bei den allgemeinen Wahlen, die, ohne gewählt worden zu sein, innerhalb ihrer Partei die meisten Stimmen erhalten haben, und zwar in der Reihenfolge dieser Stimmenzahlen.

6. Der Ersatz im Falle der Ungültigkeit oder Ablehnung einer Wahl, für vorzeitig aus dem Reichstag Ausscheidende sowie die Entscheidung von Doppelwahlen findet bei den 397 aus den allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Abgeordneten, wie bisher, durch Nachwahl statt.

Wird ein Zusatz-Mandat für ungültig erklärt, lehnt einer der mit einem solchen Bedachten die Wahl ab oder scheidet ein solcher vorzeitig aus dem Reichstag aus, so tritt an seine Stelle derjenige Bewerber derselben Partei aus den allgemeinen Wahlen, auf den bei diesen die nach dem zuletzt Gewählten nächst niedrigere Stimmenzahl entfallen war. In gleicher Weise ist bei einer Doppelwahl zu verfahren.

Die Vorzüge einer derartigen Lösung der vorliegenden Frage leuchten ohne weiteres ein: das Verfahren ist höchst einfach und bedarf keiner weiteren organisatorischen Aenderung des Bestehenden. Aber auch die Methode, nach der die Ungerechtigkeiten der Wahlkreiseinteilung abgemildert werden sollen — ebenfalls ein System der „verhältnismäßigen" Vertretung — ist leicht verständlich und mathematisch unkompliziert. Ich denke mir es so, daß der Partei mit der höchsten Durchschnittsstimmenzahl pro Abgeordneten zunächst das erste Zusatz-Mandat zugeteilt wird. Ist die aus dieser Vermehrung ihrer Abgeordnetenzahl um 1 sich ergebende neue Durchschnittsziffer dann immer noch höher als die der ihr zunächst kommenden Partei, so fällt ihr auch das zweite Zusatz-Mandat zu, andernfalls dieser, deren neue Durchschnittsziffer dann ihrerseits zu berechnen wäre, um festzustellen, ob sie oder zunächst wieder eine andere Partei auf das dritte Zusatz-Mandat Anspruch hat usf. usf. Dieses System des „Proporzes" würde eine nahezu ideale „Verhältnismäßigkeit" der Verteilung wenigstens der 53 Zusatz-Mandate gewährleisten und damit, zum mindesten im Rahmen der „Teilreform", den angestrebten politischen Zweck des Ausgleichs der wahlgesetzlichen Ungerechtigkeiten weit sicherer und vollkommener erreichen als der von der Regierung vorgeschlagene Modus.

An der Tatsache, daß nach meinen Vorschlägen künftig 59 Kreise des Reiches über je zwei Abgeordnete verfügen würden, braucht man sich um so weniger zu stoßen, als dieselbe Folge — 2 bis 10 Abgeordnete auf einen Kreis — sich ja auch aus der Annahme der Regierungsvorlage ergeben würde. Daß dies hier nur bei etwa halb so viel (26) Kreisen der Fall wäre, ändert grundsätzlich an der Sache nichts, macht sie auch praktisch nicht besser; und der Einwand, daß die Verhältniswahlkreise der Regierung, für die ein Mehr von Abgeordneten vorgesehen ist, eben durchweg die größten des Reiches seien, fällt dahin vor der Erwägung, daß bei der Zuteilung meiner Zusatz-Mandate an die Wahlkreise mit den größten Minderheiten es ja — wie das weiter unten folgende Exempel der praktischen Durchführung zeigt — in erster Linie auch wieder die übergroßen, wenn auch nicht unter allen Umständen die allergrößten, Wahlkreise wären, denen diese Mandate zufielen. Im übrigen kann es für die einzelnen Parteifraktionen in den meisten Fällen gleichgültig sein, aus welchen Kreisen ihre Mitglieder kommen; weit wichtiger ist für sie die Frage, ob ihre Mandatszahl halbwegs ihrer Wählerzahl entspricht, mit anderen Worten: ob ihr politischer Einfluß im Parlament wenigstens einigermaßen mit ihrer Stärke im Volke im Einklang steht.

Die durch meinen Vorschlag bedingte Erhebung der Kandidaten-Aufstellung vom rein politischen, rechtlich gleichgültigen Vorgang zu einem solchen von rechtlicher Bedeutung und die damit verbundene Einführung des Begriffs der Partei ins Staatsrecht haftet, mehr oder weniger, jedem Wahlsystem an, das auf Verhältnismäßigkeit ausgeht. In der Begründung ihres Entwurfs (auf Seite 10 und 12 der Drucksache Nr. 1288) stellt die Regierung ja auch ausdrücklich fest, daß ohne die Mitwirkung der Parteiorganisationen die Durchführung des Gedankens der Verhältniswahl nicht möglich ist. Wenn meine obigen Grundsätze auch eine noch etwas straffere Verknüpfung der Partei mit den Methoden der Zuteilung der sog. Zusatz-Mandate bedingen, so erscheint dies angesichts der zunehmenden Bedeutung der geschlossenen Parteiorganisationen im politischen Leben und der mehr und mehr entwickelten Parteidisziplin der Wählerschaft unbedenklich, wenn nicht gar als ein Vorteil.

Als ein Vorzug meines Vorschlages vom Standpunkte der Regierung und einzelner bürgerlichen Parteien muß es betrachtet werden, daß er die Lösung des „persönlichen Bandes zwischen dem Abgeordneten und seinen Wählern", den die Begründung der Regierungsvorlage bei dem von ihr empfohlenen Verfahren zu beklagen scheint (a. a. O. S. 12), vermeidet. Wie aus den 397 „allgemeinen" Wahlen, so gehen auch aus der Zuteilung der 53 Zusatz-Mandate nur Vertreter bestimmter geschlossener Bezirke hervor, womit ich jedoch durchaus nicht etwa sagen will, daß ich es besonders tief bedauern würde, wenn es anders wäre. Sind schon nach Art. 4 der Reichsverfassung die Mitglieder des Reichstags „Vertreter des gesamten Volkes", so überwiegen in der praktischen Tätigkeit derselben mit der zunehmenden Bedeutung des Parlaments die allgemeinen politischen Aufgaben der Abgeordneten immer mehr ihre lokalen Verpflichtungen gegenüber dem Wahlkreis. Und wenn mein Vorschlag schließlich dazu führt, die den einzelnen Parteien zufallenden Mandate, anstatt sie auf einzelne Gebiete mit geschlossenen Parteimehrheiten zu konzentrieren (wie es beim Proporzvorschlag der Regierung der Fall wäre), durch den besonderen Modus der Zusatzmandats-Verteilung gleichmäßiger auf das ganze Reichsgebiet zu verteilen, so kann das m. E. nur als ein Vorzug angesprochen werden.

Eine probeweise praktische Durchführung meiner Grundzüge auf der Basis der Wahlergebnisse von 1912 ergibt beispielsweise für die Sozialdemokratische Partei, daß die ihr zunächst zufallenden 15 Zusatz-Mandate sich, der Reihenfolge der Stimmenzahlen nach, auf die folgenden, damals mit unseren Bewerbern in der Minderheit gebliebenen Wahlkreise verteilt hätten: 1. Bochum-Gelsenkirchen (5. Arenberg) mit 53 555 sozialistischen Stimmen im ersten Wahlgang, 2. Essen (5. Düsseldorf) mit 40 503, 3. Mülheim-Duisburg (6. Düsseldorf) mit 34 187, 4. Köln-Land (2. Köln) mit 24 203, 5. Pinneberg-Segeberg (6. Schleswig-Holstein) mit 22 636, 6. Borken-Recklinghausen (3. Münster) mit 21 245, 7. Pforzheim-Durlach (9. Baden) mit 19 541, 8. Haarburg-Zeven (17. Hannover) mit 19 213, 9. Leipzig-Stadt (12. Sachsen) mit 17 525, 10. Bielefeld-Wiedenbrück (3. Minden) mit 17 287, 11. Karlsruhe-Bruchsal (10. Baden) mit 16 047, 12. Eßlingen-Kirchheim (5. Württemberg) mit 15 473, 13. Wiesbaden-Stadt (2. Wiesbaden) mit 15 222, 14. Frankfurt a. O.-Lebus (4. Frankfurt a. O.) mit 14 906 und 15. Kattowitz-Zabrze (6. Oppeln) mit 14 904 sozialistischen Stimmen im ersten Wahlgang. Man sieht daraus einmal, daß die großen Industriegebiete dabei durchaus auf ihre Rechnung kommen, dann aber auch, daß andere wichtige Gebietsteile des Reiches, in denen die Gefahr der totalen Majorisierung einer Partei durch das Mehrheitssystem sehr naheliegt, im Wege des Ausgleichs durch die Zusatz-Mandate wieder einigermaßen zu ihrem Rechte kommen.

Bezüglich des Ersatzes für Abgeordnete, die durch Ungültigkeitserklärung, Ablehnung des Mandates oder vorzeitiges Ausscheiden (Tod, Mandatsniederlegung, Verlust der Wählbarkeit, Berufung in ein Reichs- oder Staatsamt usw.) ein Zusatz-Mandat frei machen, ergibt sich aus dem Wesen dieser Mandate so viel ohne weiteres, daß Nachwahlen dabei nicht in Betracht kommen können. Schon die Möglichkeit, daß bei einer Nachwahl in einem mit einem Zusatz-Mandat bedachten Kreis (der also, wie alle solchen, zwei Abgeordnete hat) der seitherige Zusatz-Mandatsinhaber über den Inhaber des Hauptmandats siegen könnte, schließt den Gedanken des Ersatzes auf diesem Wege aus. Wenn durch meinen Vorschlag dann ein anderer, bisher noch nicht mit einem Zusatz-Mandat bedachter Kreis zu einem solchen käme, und der bisherige Kreis sein zweites, eben das Zusatz-Mandat, verlieren würde, so erscheint dies um so unbedenklicher, als diesem eine Vertretung, nämlich das Mandat aus den allgemeinen Wahlen, ja ohnehin bleibt, eine eigentliche Verwaisung also nicht eintritt, während anderseits das Hinüberwandern des Zusatz-Mandates auf einen neuen Kreis und damit die Berufung einer neuen persönlichen Kraft ins Parlament durchaus nicht von Nachteil sein kann.

Alles in allem: Die Regelung der Wahlkreisfrage nach dem vorliegenden Vorschlag würde alle Vorzüge, dagegen keinen der Nachteile derjenigen nach dem Regierungsentwurf aufweisen. Zu seiner Prüfung sind zunächst Zeit und Gelegenheit noch vorhanden, da der Gesetzentwurf der Regierung zur ersten Lesung gekommen ist und nun durch Verweisung an eine Kommission die eingehende Beratung im Einzelnen folgt. Vielleicht nimmt man sich in dieser die Mühe, meinen Vorschlägen näherzutreten.

Frank Wedekind.

Frank Wedekind ist, wie aus München gemeldet wird, infolge einer Operation, die durch eine frühere Blinddarmoperation nötig war, im 54. Lebensjahre gestorben.

Mit ihm scheidet eine der Kernnaturen aus der Schar der Literaturrevolutionäre der achtziger Jahre. Als ein burlesk-satirischer Mephisto hat er seinen Weg auf dem deutschen Parnaß gemacht; er gehörte zu den Gründern des „Simplizissimus". Früh wurde der ernste Kulturkern seines dramatischen Schaffens von der Kritik erkannt und betont, aber lange Zeit hat es gekostet, bis er sich auf der Bühne Raum erkämpfte. Philiströse Prüderie sperrte ihm den Weg. Als Schauspieler setzte er sich selber, von Bühne zu Bühne gastierend, für seine Werke ein; in den neunziger Jahren hatte er an Carl Heine einen ersten regie-künstlerischen Helfer, zehn Jahre später sprang ihm dann Reinhardt mit energischer Tat bei. Sein Jugenddrama der Pubertätskrisen „Frühlings Erwachen", seine erotisch peitschende Tragödie „Erdgeist", sein pessimistisches Schauspiel „So ist das Leben" sind dichterische Werke, die weit über den Tag hinausreichen.

Dem seinerzeit herrschenden Schema des Naturalismus sich einzuordnen war Wedekind weder willens noch fähig. Seine stark ausgeprägte Individualität als Mensch und als Künstler widersetzte sich dem und machte es der landläufigen Kritik schwer, ihn und sein Werk zu rubrizieren. Der rücksichtslose Wirklichkeitsschilderer, der seine Stoffe aus den dunkelsten Tiefen des Lebens und aus den Abgründen der Seele schöpfte, war im Grunde seines Wesens ein idealistischer Optimist, ein Menschheitsbeglücker und Weltverbesserer, und in seine grotesken Zynismen mischten sich nicht selten Züge kleinbürgerlicher Sentimentalität. Alles in allem eine unendlich komplizierte, in tausend Nuancen schillernde Persönlichkeit, und doch als Künstler ein Charakter von vollkommen einheitlichem Guß, ein selbstherrlich Schaffender, der jeder Zeile die kennzeichnende Note seines Wesens aufprägte. Die äußere Form der Wedekindschen Dramen wie der Stil ihres Dialogs boten in ihrer bis zum äußersten getriebenen Konzentration nicht nur der Aufnahmefähigkeit des Theaterpublikums fast unüberwindliche Schwierigkeiten, sondern auch die Kunst der Regisseure und Schauspieler sah sich hier vor Aufgaben gestellt, denen sie mit den zu Gebote stehenden traditionellen Mitteln nicht zu genügen vermochte. Kaum einer der bisherigen Wedekind-Darsteller ist imstande gewesen, den inneren Klang seiner Sprache restlos zum Ausdruck zu bringen. Was einigen seiner Werke zum breiten Erfolge verhalf, war immer mehr oder weniger der stoffliche Reiz — den künstlerischen Stil Wedekinds auf der Bühne lebendig werden zu lassen, wird einer späteren Zeit vorbehalten bleiben.

In den achtziger Jahren hielt Wedekind sich, bevor er nach Paris ging, eine Zeitlang in Leipzig auf. Er verkehrte hier in den Kreisen der Literatur und Künstler, die sich um das damalige führende Organ der jungen Kunstrevolutionäre, die „Gesellschaft", sammelten. Er selbst war als Schriftsteller noch völlig unbekannt und seine Tendenzen gingen mehr auf das Studium des Lebens als auf die Kunst. Irgend welchen dichterischen Ehrgeiz schien er nicht zu haben und Hoffnungen auf die Zukunft machte er sich nicht. „Was gedenken Sie in Paris anzufangen?" fragte ihn einer seiner Freunde. „Ich gedenke dort zu Grunde zu gehen," war seine Antwort. Und zum Abschied hinterließ er einen Vers, der seine damalige Stimmung charakterisiert:

„Und kränkt dich dein Auge, so reiß es aus,
Sonst juckt es dich bald in beiden;
Und hast du ein böses Weib zu Haus,
So laß dich von ihm scheiden!
Und wird dir das Menschengetrampel zu dumm,
Und schindest du dich vergebens —
So würz' dir mit Zyankalium
Die Wassersuppe des Lebens!"

Aber in seinem Koffer trug er schon damals die Kindestragödie „Frühlings Erwachen" mit sich, in der ersten Form, die nur ganz wenige kennen, und die Jahrzehnte später, stark gemildert und verdünnt und für das Zartgefühl des groben Haufens zurecht gemacht, seine Karriere als Bühnendichter begründen sollte.

Ausland.

Senatswahlen in Spanien.

Madrid, 13. März. (WTB. Nicht amtlich.) Ag. Havas. Das amtliche Ergebnis der Senatswahlen ist: 46 Demokraten, 16 Anhänger Romanones, 16 Anhänger Albas, 6 unabhängige Liberale, 43 Konservative, 3 unabhängige Konservative, 7 Anhänger Ciersas, 8 Anhänger Mauras, 1 Unabhängiger, 1 Katholik, 2 Integgristen, 5 Semisten, 3 Nationalisten, 8 Regionalisten, 1 radikaler Republikaner und 1 unabhängiger Republikaner.

Deutsches Reich.

Das preußische Wahlrecht.

WTB. **Berlin**, 13. März. (Nicht amtlich.) Der Aeltestenausschuß des Abgeordnetenhauses beschloß den Samstag, den 16. März für Kommissionssitzungen freizulassen. Die Osterpause für das Plenum soll am Freitag, den 22. März beginnen und bis Dienstag, den 23. April währen. Der Verfassungsausschuß wird seine Sitzungen nach Ostern bereits am 11. April beginnen. Es wird angenommen, daß am 9. und 10. April sich die Fraktionen mit den Wahlrechtsfragen beschäftigen werden. Die zweite und dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage wird voraussichtlich vor Pfingsten erfolgen; sodaß die Pfingstpause in die verfassungsmäßig vorgeschriebene Frist von drei Wochen, die zwischen der dritten Lesung und der Abstimmung notwendig ist, fallen würde.

Alldeutsche und Nationalliberale.

WTB. **Berlin**, 13. März. Die nationalliberalen Parlamentarier Blankenburg, Keimath, List-Eßlingen, Schulenburg, Dr. Stresemann und Dr. Stuckmann haben an den alldeutschen Verband nachstehende Erklärung gerichtet: Anläßlich der innerpolitischen Haltung und der unerhörten Kampfesweise gegen die nationalliberale Partei, deren sich die von dem alldeutschen Verband gegründete „Deutsche Zeitung" befleißigt, ist es uns unmöglich, dem alldeutschen Verbande weiterhin anzugehören. Wir ersuchen, uns aus der Mitgliederliste des alldeutschen Verbandes zu streichen und fügen die ausdrückliche Erklärung hinzu, daß mit diesem Entschluß keinerlei Aenderung in unserer Arbeit für eine starke Sicherheit der deutschen Zukunft verbunden ist.

Ein neuer alldeutscher Mummenschanz.

Da es den Vaterlandsparteilern mit allen Maskierungen nicht glücken will, Anhang in der arbeitenden Bevölkerung zu gewinnen, so bereitet sie schon wieder eine neue Verkleidung vor. Uns geht ein auf eine Postkarte gedruckter Aufruf zu, in dem wir von der Gründung der „Deutschen Arbeiter- und Angestelltenpartei" in Kenntnis gesetzt werden. Als Zweck der neuen Partei ist die „volle Ausnutzung unserer militärischen Erfolge" angegeben. Und weiter heißt es:

Die neue Partei will eintreten für **Entschädigungen, Siedlungsland** und **Sicherungen**; für ausreichende Abfindung der Kriegsbeschädigten und der Kriegswitwen und -waisen; für den **Anschluß der gesamten Deutschbalten** und der **niederdeutschen Flamen** an das Deutsche Reich; für den Zusammenschluß aller germanischen Völker gegen den brutalen englisch-amerikanischen Großkapitalismus; gegen den Verelendungsfrieden; **gegen den jetzigen überalterten Reichstag**; für eine **starke Monarchie** und **eine starke Rüstung**; gegen die demokratischen Kriegsverlängerer, die jeden Sonderfrieden zu hintertreiben suchen und auch im Innern den Krieg aller gegen alle erstreben; für ein freiheitliches Wahlrecht nach dem Grundsatz: Freie Bahn dem Tüchtigen und Fleißigen, aber **gegen die politische Vergewaltigung der nichtsozialdemokratischen Arbeiter und Angestellten durch den Erzberger-Scheidemann-Dittmannschen Block**, gegen die Herrschaft des **jüdisch-demokratischen Geldsacks**; für den Schutz der deutschen Arbeitskraft gegen den Lohndruck **bedürfnisloser Ausländer**; **gegen das sozialdemokratische Ernährungssystem**, das uns dem Verhungern nahegebracht, Wucher und Schleichhandel großgezogen hat, und demgemäß **für den freien Handel** und Beseitigung der Kriegsgesellschaften.

Also offenbar eine Verquickung von alldeutscher, antisemitischer, mittelständlerischer und wirtschaftsfriedlich-gelber Bewegung. Das ganze Programm ist übrigens so unsinnig, daß selbst die Dummen, die auf alles hereinfallen, hier einmal — entgegen dem Sprichwort — doch alle werden.

„Notleidende Industrien".

Zu den Industrien, deren „Notlage" von den Interessenten fortwährend und laut in die Welt hinausposaunt wird, gehören die Zündholzfabriken. Tatsächlich haben die Unternehmer es auch durchgesetzt, daß sie auf Kosten der Konsumenten die Preise für ihre oft sehr minderwertigen Erzeugnisse ganz gewaltig in die Höhe schrauben durften. Wie es mit der Notlage in der Zündholzindustrie steht, beweist der Rechnungsabschluß der „Vereinigten Zündholz- und Wichsefabriken „Union" in Augsburg, einer der größten Betriebe auf diesem Gebiete in Deutschland. Die Gesellschaft verdiente 1917 nach Abzug der gesetzlichen Sonderrücklage zur Kriegsgewinnsteuer, nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen einen Reingewinn von 849 648 Mk. und ist in der Lage, die Dividende vor 25 auf 30 Prozent zu erhöhen. Außerdem werden noch 468 336 Mark auf neue Rechnung vorgetragen.

Eine ähnliche „notleidende" Industrie ist die Nähfadenfabrikation. Die Preise für Garn und Nähfaden sind ins Fabelhafte gestiegen, angeblich deshalb, weil die Produktionskosten außerordentlich hohe geworden sind. In Wirklichkeit kommen die Unternehmer nicht bloß auf ihre Rechnung, sondern sie können auch noch einen erheblichen Extra-Kriegsgewinn buchen, wie aus dem Geschäftsabschluß für 1917 der Zwirnerei- und Nähfadenfabrik Göggingen bei Augsburg hervorgeht. Nach sehr reichlichen Rückstellungen und Abschreibungen verzeichnet das Unternehmen einen Reingewinn von **747 490** Mk., wozu noch **1 085 599** Mk. Vortrag kommen. Wie im Vorjahre, werden auch heuer wieder 30 Prozent Dividende ausgeschüttet, 1 283 080 Mk. gehen als Vortrag auf neue Rechnung.

Wie hieraus ersichtlich, kommen auch die „notleidenden" Industrien auf ihre Rechnung. Es wäre übrigens ein unvollständiges Bild, wollten wir nicht erwähnen, daß in den beiden genannten Betrieben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse weit unter dem ortsüblichen Durchschnitt bleiben.

Kriegs- und Kleinstaatfinanzen. Der Landtag für das Herzogtum Gotha beginnt am 14. März seine Frühjahrstagung. Die Not des Krieges wird auch in seinen Beratungen eine große Rolle spielen. Dem Landtag ist u. a. eine Vorlage zugegangen, die neue Mittel fordert für die mannigfachen Unterstützungen im Lande. Bisher sind von dem kleinen Lande 14 Millionen Mark für die Kriegsunterstützungen verausgabt worden. Die Staatskasse bedarf nun wieder neuer Mittel und es wird ein weiterer Kredit von 4 Millionen Mark angefordert. Die Summe soll in gleicher Weise wie früher flüssig gemacht werden. — Der Landtag für das Herzogtum Koburg tritt etwa 14 Tage später zusammen, auch er wird Gelder zu bewilligen haben zur Deckung weiterer Kriegsausgaben.

Ausdehnung des Kapitalabfindungsgesetzes. Das Gesetz über die Kapitalabfindung zum Zwecke der Ansiedlung ist auf die Mannschaften beschränkt. Zum Zwecke der Ansiedlung oder der Verbesserung von Grundbesitz können die Kriegs-, die Verstümmelungs- und die Tropenzulagen kapitalisiert werden. Dieses Gesetz soll in der nächsten Zeit auch auf die Offiziere ausgedehnt werden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 13. März.

Am Bundesratstisch: v. Scheuch, v. Stein.

Vizepräsident **Dove** eröffnet die Sitzung um 2.25 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation des Zentrums über die wirtschaftlichen Verhältnisse des selbständigen gewerblichen Mittelstandes, von Handwerk, Kaufmannsstand und der Kleinindustrie.

Staatssekretär **v. Stein** erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg **Irl** (Zentr.) führt zu ihrer Begründung u. a. aus: Insbesondere das Handwerk zeigte in den letzten Jahren Zeichen eines neuen Aufschwungs. Da kam der Krieg dazwischen und brachte viel Elend über diese Kreise. Der Krieg hat den besten Beweis dafür erbracht, daß alle Stände in unserem Wirtschaftsleben gleichberechtigt sind. Für den neuen Mittelstand, die Privatbeamten, Techniker usw., ist durch soziale Einrichtungen, wie die Privatangestelltenversicherung, gesorgt worden; nicht so für die Familien des alten Mittelstandes. Dort ist die Verschuldung eingetreten. Die Familienunterstützungen für die eingezogenen Handwerker reichen nicht aus. Die Erhaltung des Handwerks ist für Stadt und Land eine Lebensnotwendigkeit. Das amerikanische Wirtschaftssystem, wie es auch Rathenau vertritt, wäre für Deutschland ein Unglück. Was die Kriegsgesellschaften durch Stillegung der kleinen Betriebe verschuldet haben, kann das Reichswirtschaftsamt kaum wieder gut machen. Durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit, Versorgung mit Rohstoffen und Gewährung von Krediten ist es möglich, den Mittelstand zu retten. (Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär **v. Stein** (in Beantwortung der Interpellation): Die Regierung kennt die schwierige Lage des gewerblichen Mittelstandes. Ein Programm zur Behebung der Mißstände kann noch nicht vorgelegt werden. Hier spricht die Frage des Mangels an Rohstoffen und der Arbeitskräfte sehr erheblich mit. Soweit es möglich ist, soll dafür gesorgt werden, daß stillgelegte Betriebe von den weiterarbeitenden entschädigt werden. Die Hauptsorge ist, daß die kleinen Betriebe möglichst bald wieder vollkommen aufgenommen werden. Eine weitere Stillegung von handwerksmäßigen Betrieben soll möglichst nicht mehr erfolgen. Wir wünschen, daß die baldige Rückkehr zur Freiheit des Handels und des Verkehrs eintreten möge. Neben der Rohstoffbeschaffung kommt die Frage der Beschaffung von Arbeitskräften beim Handwerk in Betracht, speziell die Erziehung des Nachwuchses. Notwendig wird die Revision der Gewerbeordnung sein. Nach dem Krieg von 1870/71 wurde die damals verhältnismäßig hohe Summe von 12 Millionen für das Wiederaufleben des Handwerks aufgewendet. Welche Aufwendung jetzt möglich sein wird, steht noch dahin.

Auf Antrag des Abg. **Gröber** (Zentr.) findet die Besprechung der Interpellation statt.

Abg. **Brühle** (Soz.):

Nach Beendigung des Krieges werden die aus dem Felde kommenden Handwerker sich in Massen der Sozialdemokratie anschließen. Der Krieg besorgt die Vernichtung des kleinen Gewerbes. Jeder Tag, den er länger dauert, bringt die Einstellung weiterer kleinerer Betriebe. Das Großkapital häuft gewaltige Gewinne an. Die Daimlerwerke konnten die Regierung schröpfen, ohne daß der Staatsanwalt einschritt. Sie gingen schlimmer als die Straßenräuber vor. Dem Mittelstand kann nur durch Taten geholfen werden.

Abg. **Doormann** (F. Vp.): Die Parteien sind sich darüber einig, daß dem Mittelstand geholfen werden muß, uneinig nur über die einzuschlagenden Wege. Ob die bisherige Wirtschaftspolitik wirklich eine Förderung des Mittelstandes bedeutet hat, mag, dahingestellt bleiben. Selbsthilfe halten wir immer noch für zweckmäßig, insbesondere auf genossenschaftlichem Wege. Leider war die Ueberführung des Handels in die öffentliche Hand im Kriege nicht zu vermeiden. Das Wirtschaftsleben wird nicht unmittelbar da angeknüpft werden können, wo es abgebrochen wurde. Das Handwerk muß außer vom Heere und der Marine auch von den anderen großen Verwaltungen Lieferungsaufträge erhalten. An Organisationen fehlt es dem Handwerk nicht. Neben die beruflichen Organisationen müssen die wirtschaftlichen treten. Das Handwerk muß einen angemessenen Teil der vorhandenen Rohstoffe erhalten. Der Freihandel muß sobald wie möglich wieder in seine Rechte treten. Am allerschwersten hat der kaufmännische Mittelstand gelitten, dem nicht die gleichen Sympathien wie dem Handwerk gewidmet werden. Der Kleinhandel ist zu schwer geschädigt worden, als daß er sich so bald erholen könnte.

Abg. **Lützel** (Natl.): Die finanzielle Unterstützung des Reiches genügt für das Handwerk nicht, es muß für Rohstoffe gesorgt werden, für deren Beschaffung in den Friedensverträgen besondere Bestimmungen zu treffen sind. Auch für Werkzeuge und Maschinen muß Sorge getragen werden. Für die Rohstoffbeschaffung müssen dem Handwerk angemessene Kredite gewährt werden. Die Heeres- und Marineverwaltung und die sonstigen Reichsbetriebe müssen an das Handwerk direkte Lieferungsaufträge geben.

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr vertagt.

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr vertagt. — Schluß ¼7 Uhr.

Aus dem Hauptausschuß.

Berlin, 13. März.

Der Hauptausschuß des Reichstags setzte heute, Mittwoch, seine Beratungen fort. Die Abstimmung über den von allen Parteien unterstützten Antrag auf Ueberwachung der für den Heeresbedarf arbeitenden Betriebe und Einsichtnahme der Geschäftsbücher dieser Betriebe durch das Kriegsministerium, die auf heute zurückgestellt wurde, soll erst im Laufe der Sitzung erfolgen.

Zunächst wurde der Haushalt der Reichsschuldenverwaltung erledigt, wobei Reichsschatzsekretär Graf **Rödern** längere vertrauliche Mitteilungen machte. Gegenüber dem Wunsch einer Eingabe, die Kriegsanleihe als allgemeines Zahlungsmittel für jede Steuer gelten zu lassen, erwidert Graf Rödern, daß er davor warnen müsse. Dagegen seien für den Verkauf des nach dem Kriege entbehrlich werdenden Materials an Pferden, Maschinen und Geräten, Holz, Automobilen usw. in Aussicht genommene Kriegsanleihen in Zahlung zu nehmen.

Eine längere Aussprache knüpft sich an den Gold- und Juwelenankauf. Es wurde darüber Klage geführt, daß beim Ankauf vielfach flüchtig verfahren, und daß zu niedrigeg Preise gezahlt würden.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen des Hauptausschusses kam es zu einer allgemeinen Aussprache über die Sparsamkeit im Reichshaushalt.

Abg. **Erzberger** (Zentr.) meinte, daß das Ergebnis der früheren Sparsamkeitsberatten niemals sehr groß war. Der Reichstag müsse sein Statrecht wieder straffer in die Hand nehmen. Wenn das deutsche Volk die Gewißheit erhalte, daß Reichsmittel nur zweckentsprechend verwendet werden sollen, so wird das die Kriegsfinanzierung nur stärken. Gerade wegen der langen Dauer des Krieges habe der Reichstag die Pflicht, zu sparen, wo es nur irgend angängig ist.

Generalmajor von **Wrisberg** und General von **Coupette** machten längere vertrauliche Mitteilungen.

General von **Coupette** von der Feldzeugmeisterei gab, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, zu, daß anfangs zu hohe Preise bewilligt worden seien. Aber man müsse berücksichtigen daß die Werke in der ersten Zeit auch kostspielige Erfahrungen hätten sammeln müssen. Erst die Nachkalkulation vermag Klarheit über die Verhältnisse zu bringen. Das Eisen- und Hüttenwerk Thale hat schon in Friedenszeiten gut gearbeitet und die hohen Kriegsgewinne dieses Werkes sind der Heeresverwaltung bekannt. Aber es kann nicht so ohne weiteres festgestellt werden, an welchem Artikel nun gerade der hohe Kriegsgewinn erzielt wird. Von der Feldzeugmeisterei wird ständig nachkalkuliert und bei neuen Aufträgen nötigenfalls ein neuer Preis festgesetzt. Alle Stellen, die sich mit der Preisfestsetzung befassen, müssen sich nach einer Anordnung des Kriegsministers mit der Wumba in Verbindung setzen.

Abg. **Noske** (Soz.): Es ist erklärlich, daß die Kriegsausgaben ständig wachsen und wenn die Erörterung über den Fall Daimler zu neuen Erwägungen über die Möglichkeit weiterer Sparsamkeit Anlaß geben sollte, so hat der Fall auch seine erfreuliche Seite. Aber dies hätte schon früher geschehen müssen. Niemand verkennt die ungeheuren Leistungen der Industrie. Aber die Industrie will sich ihren Profit versichern und dadurch kam die Heeresverwaltung in eine Zwangslage. Gewiß haben sich die Verhältnisse inzwischen gebessert, aber das Raffinement der Industrie sucht noch immer die Oberhand zu bekommen. Man hätte neben den Sachverständigen aus Industrie und Handel auch Sachverständige aus Arbeiterkreisen heranziehen sollen.

Abg. **Südekum** (Soz.) wandte sich gegen die fabelhaften Gewinne chemischer Fabriken.

Abg. **Stove** (Natl.): Den Anregungen und Wünschen stimmen wir zu. Auf den Fall Daimler müssen wir zurückkommen. Das Sparsamkeitsproblem hat verschiedene Seiten.

Abg. **Erzberger** (Zentr.): Man sollte den Reichstag vorher fragen, ehe man neue industrielle Anlagen unter Beteiligung des Reiches baut oder übernimmt. Die Preisprüfungsstellen müssen von den Ressorts losgelöst werden. Sachverständige, auch solche, die nicht interessiert sind, werden sich in ausreichender Zahl finden.

Baden.

Die „große Zeit".

In der „Süddeutschen Konservativen Korrespondenz" veröffentlicht der Herausgeber Adam Röder eine Artikelserie „Konservative Zukunftspolitik". In einer seiner letzten Fortsetzungen beschäftigt sich Herr Röder auch mit dem Imperialismus und Kapitalismus und deren Begleiterscheinungen und Wirkungen, und kommt zu folgendem Schluß:

„Heute erleben wir es, daß Vertreter der Schichten, deren Stolz es bis jetzt war, unbefleckt vom Mammonsgeist durchs Leben zu gehen, als Ausgehaltene des Kapitalismus figurieren. Hohe Militärs, Angehörige des katholischen und evangelischen Adels und aus ehemals stolzen Bürgergeschlechtern wandeln am goldenen Seil des tantiemereichen Aufsichtsrats durch die Gesellschaft, die kein anderes „Ideal" mehr kennt, als Geld, Geld, reiche Einnahmen, auf großem Fuß zu leben und plumpen Luxus zu entfalten. Es ist der schlimmste Trick des Kapitalismus, die Angehörigen der bisher integeren gesellschaftsführenden Schichten der Aufsichtsrats-Körperschaft einzuschwören, in der man mühelos die größten Gewinne einsackt, um ein Leben grobsinnlicher Genüsse zu führen.

So führt der Kapitalismus alles auf seine Schlachtbank: innerhalb des nationalen Verbandes Entvölkerung des platten Landes, Zunahme eines gut bezahlten Industrieproletariats, Auflösung des Mittelstandes, Preisgabe aller hohen künstlerischen und wissenschaftlichen Ideale — Wissenschaft hat nur Wert, so weit sie praktisch ist und die Einnahmen vermehrt — Korruption der Presse, Korrumpierung der führenden Schichten, die berufen wären, die natürlichen Schützer der Freiheit und Unabhängigkeit des Volkes zu sein. Draußen aber, im internationalen, der latente Eroberungskrieg, der im gegebenen Augenblick ausbrechen muß, um dem kapitalistischen Imperialismus Herrschafts- und Ernährungsgebiete zu sichern."

Wenn ein Angehöriger des Bürgertums selbst dieses herrliche Gemälde von der „großen Zeit" entwirft, wird es wohl schon seine Richtigkeit haben und es erübrigt sich, etwas hinzuzufügen.

Aus der Schulkommission der Zweiten Kammer.

Die Schulkommission der Zweiten Kammer setzte gestern ihre Beratungen über das Fortbildungsschulgesetz fort. Beraten wurden die Paragraphen 1 bis 5. Zu Erörterungen gaben die Bildung der Schulverbände bezüglich zusammenzulegender

Gemeinden, der Beizug von Frauen und Lehrkräften zur Ortsschulbehörde Anlaß. Von sozialdemokratischer Seite wurde vorgeschlagen, daß Frauen in Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern zur Schulbehörde durch eine Muß- und für die übrigen Gemeinden durch eine Sollbestimmung festzulegen sind. Ferner beantragten die Sozialdemokraten, daß für Anstalten mit selbständiger Leitung dem Schulleiter der Fortbildungsschule der Beizug zur Ortsschulbehörde sichergestellt wird. Der Vertreter der Regierung versprach in der nächsten Sitzung der Schulkommission eine andere Fassung der beanstandeten Paragraphen vorzulegen. Zu §§ 6 bis 11 wurde der Schulbesuch am Beschäftigungsorte, die Befreiung durch Besuch von Privatschulen, die Ausdehnung der Unterrichtszeit auch für Mädchen auf drei Jahre und die Festsetzung von Strafen bei Versäumnissen eingehend besprochen.

Aus der Justizkommission der Zweiten Kammer.

Die Kommission für Justiz und Verwaltung trat gestern zu einer Sitzung zusammen und befaßte sich zunächst mit der Petition der Stadtgemeinde Singen (Hohentwiel) um Errichtung eines Amtsgerichts in Singen. Die Regierung ließ erklären, sie könne eine Notwendigkeit zur Errichtung eines Amtsgerichts in Singen nicht erblicken. Sollte in Zukunft eine Neuorganisation der Grundbuchämter zur Durchführung kommen, so wäre zu erwägen, ob nicht alsdann die Zeit zur Errichtung eines Amtsgerichts in Singen gekommen sei. Andererseits müsse auch auf die Staatsfinanzen Rücksicht genommen werden. Die Kommission beschloß, die Petition der Gr. Regierung für eine künftige Neuorganisation als Material zu überweisen.

Der Antrag Fischer (N. Vgg.) und Gen. betr. die Sommerzeit wurde durch die Erklärung des Regierungsvertreters für erledigt erklärt. Das provisorische Gesetz über die Naturalleistungen aus dem Gabholzbezug in den Gemeinden wurde angenommen, mit dem Zusatz, daß das Gesetz spätestens drei Jahre nach Kriegsende aufgehoben werde.

Der Gesetzentwurf über die Ergänzung der Gemeindebesteuerung, welcher den Gemeinden das Recht gibt, Neuhinzuziehende, welche länger als drei Monate sich in der betr. Gemeinde aufhalten, zur Gemeindesteuer heranzuziehen, wurde angenommen. — Ferner wurde beraten der Antrag Muser (F. V.) betr. die Stammgüter. Die Beschlußfassung darüber wurde auf eine spätere Sitzung vertagt.

Aus dem Haushaltsausschuß der Ersten Kammer.

Der Haushaltsausschuß der Ersten Kammer gab bei der Beratung des Titels „Förderung der Landwirtschaft" im Voranschlag des Ministeriums des Innern seiner Meinung dahin Ausdruck, daß der Staatszuschuß an die Landwirtschaftskammer trotz ihrer erheblichen Einnahmen gerechtfertigt sei, namentlich im Hinblick auf die Notwendigkeit der Verwendung großer Mittel zum Wiederaufbau der Landwirtschaft nach dem Kriege. Ausführlich wurde die Frage der Errichtung einer landwirtschaftlichen Abteilung an einer der badischen Hochschulen erörtert, im Zusammenhang damit die Frage der Belassung oder Aufhebung der forstlichen Abteilung an der Technischen Hochschule, wobei der Ausschuß die Ansicht vertrat, daß zurzeit ein dringendes Bedürfnis zur Errichtung einer solchen landwirtschaftlichen Abteilung nicht anerkannt werden kann. Bei der Besprechung des Eisenbahnbetriebs wurde der Antrag Muser (F. V.) auf gesetzliche Bindung des Eisenbahntarifs abgelehnt, da ein praktisches Bedürfnis nicht anerkannt werden könne. Der im Voranschlag enthaltene Posten von 1 Million zum Einbau einer neuen Güterzugsbremse, von welcher sich die Regierung im Laufe der Jahre eine Vereinfachung und Verbilligung des Betriebs sowie eine größere Sicherheit in der Führung der Züge verspricht, wurde einhellig genehmigt.

Bei der Besprechung des Voranschlags des Murgwerks wurde darauf hingewiesen, daß nachdem die Anforderung von 12 Millionen Mark auf 22 Millionen gestiegen ist, der Aufwand für Zinsen und Tilgung so hoch wird, daß die Elektrizität nicht mehr zum vorgesehenen Preise geliefert werden kann. Der Haushaltungsausschuß sprach sich dahin aus, daß die Erfahrungen des Murgwerks zur größten Vorsicht bei ähnlichen Vorlagen mahnten.

Wiesloch, 14. März. Ein von Dichtersheim kommendes Hamsterauto erlitt bei der Durchfahrt durch Mühlhausen durch Achsenbruch einen unliebsamen Aufenthalt. Als man den Kraftwagen auf die Seite schaffte, um die Straße freizubekommen, bemerkte man mit Erstaunen, daß in dem Auto drei Zentner frischen Fleisches verborgen waren.

Ichenheim bei Lahr, 13. März. Im Altrhein, in der Nähe unseres Ortes wurde dieser Tage ein männliches Skelett geländet, das nur mit Strümpfen bekleidet war.

Villingen, 13. März. Der Vorschußverein Villingen e. G. m. b. H. kann am Sonntag sein 50jähriges Bestehen feiern. Der Jubilar wird fast 25 Jahre von Bankdirektor Schleicher geleitet.

Ueberlingen, 12. März. Nach den vom hiesigen Bürgermeister veranstalteten Erhebungen über den Obstverkehr im Jahre 1917 wurde festgestellt, daß in den Monaten September, Oktober und November 1917 auf den Bahnstationen des Bezirks Ueberlingen 221 734 Zentner Obst zum Versand gekommen sind. Der Wert sämtlichen Obstes wird auf mindestens fünf Millionen Mark verauschlagt.

Heiligkreuzsteinach, 13. März. Hier brannte der Stall, die Scheuer und der Holzschuppen der Witwe Barbara Rehberger nieder. Der Schaden beträgt etwa 7000 Mk. Der Brand wurde durch den neunjährigen Sohn verschuldet, der mit Streichhölzern bei einem Strohhaufen spielte. (g. K.)

Richtpreise für Saatkartoffeln. Das Ministerium des Innern hat mit sofortiger Wirkung folgende Richtpreise für die im Großherzogtum Baden gebauten Saatkartoffeln beim Verkauf durch den Erzeuger festgesetzt: für Saatgut für Spätkartoffeln bis zu 8 Mk.; für Saatgut für mittelfrühe Kartoffeln bis zu 9 Mk.; für Saatgut für Frühkartoffeln bis zu 11 Mk., jeweils für einen Zentner. Die Richtpreise gelten nur für sortenreine ausgelesene Ware. Für Saatgut, das nicht ausgelesen und sortenrein ist, gilt der Höchstpreis für Speisekartoffeln mit 6 Mk. für den Zentner. Für Saatkartoffeln, welche von einer Saatbaustelle der Landwirtschaftskammer als Saatgut anerkannt sind, erhöhen sich die Richtpreise beim anerkannten ersten Nachbau um 2,50 Mk., beim anerkannten zweiten Nachbau um 2 Mk., und bei anerkannt weiteren Nachbaustufen um 1,50 Mk., jeweils für 1 Zentner. Das Ministerium des Innern kann in besonders gelagerten Fällen Ausnahmen zulassen.

Die Wohnungsfürsorge in Deutschland.

Ein Volk steht umso höher, je besser es wohnt. Dumpfe, dunkle unzulängliche Wohnungen bilden den Nährboden für Krankheit und Unzufriedenheit. Gesundheit und Lebensfreude finden ihre Stätte in Wohnungen, die genügend Raum, Luft, Licht und Sonne bieten. Mit der Volkskultur und Volksgesundheit steht die Wohnungsfürsorge deshalb im engsten Zusammenhange.

In Deutschland erfreut sich die Wohnungsfürsorge in neueren Jahren des Interesses weitester Kreise. Eine im Jahre 1897 zum ersten Male veranstaltete Statistik ergab, daß schon bis dahin die Versicherungsanstalten über 12 Millionen Mark für den Bau von Arbeiterwohnungen ausgegeben hatten. Ende 1914 war der allein von den Versicherungsanstalten für Arbeiterwohnungen aufgewendete Betrag bereits auf 532,4 Millionen Mark gestiegen. In erster Linie gewährten die Versicherungsanstalten Bau-Darlehen zu billigem Zinsfuße (in der Regel etwa 3 Prozent), daneben aber auch Hypotheken und Zuwendungen für Ledigenheime, Gesellenhospitze und ähnliche Einrichtungen. Auch die Krankenkassen haben durch Gewährung von Hypothekendarlehen den Bau von Kleinwohnungen sehr gefördert. Der größte Teil der von den Versicherungsträgern gewährten Darlehen für Arbeiterwohnungen entfällt auf gemeinnützige Baugenossenschaften. Diese Baugenossenschaften haben sich unter behördlicher Förderung allerorts in erfreulichem Maße entwickelt und sind mit großem Erfolge bestrebt, den Arbeitern billige und gesunde Wohnungen zu verschaffen. Sie bieten auch vielfach die Möglichkeit zur Erwerbung eines Eigenheimes, wodurch auch dem Arbeiter Gelegenheit geboten wird, auf eigener Scholle seßhaft zu werden.

In geringem Umfange haben die Versicherungsträger Baudarlehen an die Versicherten direkt gewährt, die sich ein eigenes Heim errichten wollten, und schließlich an kommunale Baugesellschaften und an Arbeitgeber.

Mit vollem Rechte haben die Versicherungsträger die Hergabe billiger Baudarlehen davon abhängig gemacht, daß ihnen auf Bauausführung und Benutzung der Häuser sowie auf die Verwaltung der Baugenossenschaften ein gewisser Einfluß eingeräumt wurde. Sie können so mit Erfolg dafür sorgen, daß die Wohnungen nach den Grundsätzen der Hygiene und der Behaglichkeit ausgestattet und nicht durch Abgabe an Untermieter (Schlafgänger) zu sehr beengt werden. Sehr erfreulich sind die Bestrebungen der Versicherungsanstalten, auch auf das äußere Bild der Arbeiterhäuser Einfluß auszuüben. So haben einzelne Versicherungsanstalten Musterentwürfe zur Herstellung von Kleinbauten anfertigen lassen und die Hergabe von Darlehen für auffallend häßliche Bauten abgelehnt. Sie haben insbesondere auch dafür gesorgt, die Bauweise der heimatlichen Bauart anzupassen und sie in Anlehnung an bodenständige Baukultur zu veredeln. In vielen Bezirken sind Bauberatungsstellen eingerichtet worden. Die Landesbehörden, insbesondere die Provinzialverwaltungen tun gleichfalls viel, um den Bau von Kleinwohnungen zu fördern. Provinziale Baugenossenschaften sind ins Leben gerufen worden; Vereine zur Förderung des Kleinwohnungswesens entfalten ein segensreiches Wirken.

Sogar die Unternehmer in der Großindustrie haben erkannt, wie bedeutungsvoll eine umfangreiche Wohnungsfürsorge für die Gesunderhaltung und Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft ist. Bei der Errichtung der ersten Arbeiterkolonien hat bei ihnen allerdings in den meisten Fällen der Wunsch obwaltet, Unterkunftsgelegenheiten für die rasch wachsende Zahl der Arbeiter ihrer Werke zu schaffen. Neben diesen Gedanken der reinen Zweckmäßigkeit trat aber mehr und mehr der Wunsch, dem Schönheitsempfinden und den Anforderungen der Gesundheit und Behaglichkeit entgegenzukommen. So sehen wir denn heute in den deutschen Industriestädten vielfach neuere Arbeiterkolonien, die als geschmackvoll zu bezeichnen sind. Die Gleichförmigkeit und Reizlosigkeit früherer Arbeiterwohnungen ist ganz verschwunden. Mannigfaltigkeit im Bautyp, breite Straßen, Schmuckplätze, hübsche Gärten, Grünpflanzen und Bäume bringen Freude und Leben in das Bild der heutigen Arbeiterkolonie.

Viel Wert wird beim Kleinwohnungsbau darauf gelegt, Gärten und Siedlungen möglichst mit jeder Wohnung zu verbinden. Gartenbau und Kleintierzucht sind Quellen mancher Anregung und Freude. Die Arbeiter beschäftigen sich gern damit, selbst ihr Gemüse zu ziehen und zur Eier-, Milch- und Fleischversorgung beizutragen. Daher ist auch der materielle Wert einer solchen Betätigung von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Ein schlimmes Kapitel ist für Leute, die auf Mietswohnungen angewiesen sind, die Kinderzahl. Wohnungsuchende, die eine größere Zahl Kinder haben, werden bei manchen Hauswirten rücksichtslos abgewiesen. Für die Volkskraft ist es aber von großer Bedeutung, daß die Zahl der Geburten nicht zurückgeht. Es ist deshalb geradezu eine nationale Notwendigkeit, in erster Linie Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien zu betreiben. Das haben die Kreise, die sich mit dem Bau von Kleinwohnungen befassen, erkannt. Sie verfolgen deshalb in Verbindung mit einer kraftvollen Siedelungspolitik im besonderen Maße neuerdings die Fürsorge für kinderreiche Familien.

In den deutschen Industriestädten arbeiten auch vielfach die Gemeinden an der Lösung der Wohnungsfrage. Sie er-

---

Wenn . . .

Wenn es kein Papier mehr geben wird, schreibt das Pariser „Journal du Peuple", dann wird man es sich angelegen sein lassen, aus Lumpen und alten Kleidern einen Papierersatz zu schaffen, der ebenso gut und besser ist wie richtiges Papier. Die Erfindung ist übrigens nicht neu.

Wenn es keine alten Kleider mehr gibt und neue erst recht nicht, dann wird man — wenn sich die Schicklichkeitsbegriffe nicht so weit ändern sollten, daß das Adamskostüm nicht länger für anständig gehalten wird — wohl oder übel dazu übergehen müssen, die alten Papiere aus Gossen und Müllkasten zusammenzuklauben, um aus ihnen, die ja früher schon einmal Kleider waren, wieder neue Gewänder nach den neuesten Modeschnitten herzustellen.

Wenn es kein Brot mehr geben wird, wird man sich überzeugen, daß ein Teig aus Sägemehl und Kleister ganz dieselben Dienste leistet. Ein solches Verfahren dürfte allerdings die Möbelfabrik erheblich verstärken. Doch wird man auch dafür eine Abhilfe finden, indem man die alten Brotkrusten zum Sägemehl mit Kleister aufeinanderleimt und daraus künstlerische Zimmereinrichtungen im Stile der Zeit fertigt. Das Wunder der Hochzeit von Kana wird dann ganz etwas Alltägliches werden. Man wird ebenso leicht aus Sand Brot machen wie aus Wasser Wein.

Wenn die Kohle aus den Tiefen der Erde und der Kohlenkeller verschwunden sein wird, dürfte die Welt sich bereits daran gewöhnt haben, schwarz angestrichene Ziegel zu brennen. Mit den Resten dieser Ziegel wird man dann die Städte bauen, die beim Trompetenstoß des jüngsten Gerichts in sich zusammenfallen werden. Dann wird sich die von allen Dichtern der Welt in Sehnsucht besungene Wahrheit den geblendeten Blicken zeigen.

Aber die Menschen werden sie nicht mehr sehen. Denn ihre Verdauungsorgane für alle Ware werden dann hoffnungslos zusammengeschrumpft sein.

Der „Schwarzwald-Bussemer" gestorben.

Der in allen Touristenkreisen Deutschlands wohlbekannte Kaufmann Philipp Bussemer ist unlängst in Baden-Baden, im Alter von 62 Jahren, gestorben. Der „Schwarzwald-Bussemer" war zweifellos der beste Kenner des gesamten badischen und württembergischen Schwarzwaldes; jahrzehntelang hat er der Sektion Baden-Baden des Badischen Schwarzwaldvereins als Schriftführer angehört. Aber seine Tätigkeit reichte weit über das begrenzte Gebiet dieser einzelnen Ortsgruppe hinaus. Daß er Berge, wie die Badener Höhe (1004 Meter) und Hornisgrinde (1166 Meter) weit über hundertmal bestiegen, wollte in seinen Augen noch nicht viel heißen. Nicht nur hier, im Gebiet des nördlichen Schwarzwaldes um Baden-Baden herum, wußte er auf jedem Weg und Steg Bescheid; auch im ganzen übrigen Schwarzwald, im Kandel, wie im Feldberggebiet, ja selbst im Hegau und oberen Donautal kannte er jedes Dorf und jeden Pfad aus eigener Anschauung.

Neben jahre-, ja jahrzehntelangem Wirken im Stillen hat Bussemer sich aber auch ein äußeres Denkmal im Schwarzwald gesetzt: Die Höhenwegbezeichnung von Nord nach Süd, quer durch das ganze Gebirge, von Pforzheim bis zur Schweizer Grenze, war Bussemers ureigenstes Werk. Sie ist seinerzeit mustergültig gewesen und hat manch anderem deutschen Mittelgebirge zum Vorbild gedient. Die Auswahl der Höhenwege, ihre Bezeichnung, die Anbringung der vielen Hunderte von Wegweisern hat Bussemer selbst geleitet oder zum mindesten tatkräftig unterstützt; eine kleine Aufgabe ist das nicht gewesen, denn mancher Widerstand, insbesondere bei der Auswahl der Wegrichtung, mußte überwunden werden. Natürlich haben außer Bussemer noch viele andere begeisterte Schwarzwaldfreunde und -kenner an dem großen Werke mitgearbeitet. Immer war er der ersten einer, wenn es galt, den Schwarzwald zu durchstreifen, neue Wege ausfindig zu machen und der Touristenwelt zu erschließen, bis ihn ein tückisches Leiden in den letzten Jahren zwang, dem geliebten Gebirge mehr und mehr Ade zu sagen.

Auch einen in seiner Anlage durchaus originellen und mit alten Gewohnheiten brechenden Schwarzwaldführer hat Bussemer vor langen Jahren herausgegeben. Das Büchlein ist oftmals neuaufgelegt worden und noch heute vielen Schwarzwaldwanderern ein treuer Begleiter und Ratgeber.

Nun hat der einst so rüstige Wanderer Philipp Bussemer die Wanderung angetreten, von der es kein Zurück mehr gibt; er, der so vielen einst den Weg gewiesen, hat die Straße ziehen müssen, die wir alle einst gehen werden. Die Früchte seines stillen uneigennützigen Wirkens sind bei uns geblieben, allenthalben begegnet der Wanderer seinen Spuren. Und wenn, wie wir hoffen, der Schwarzwald bald nicht mehr von dem dumpfen Vogesendonner widerhallen wird und der Wanderer friedlich wie einst das Gebirge durchstreifen kann, dann wird er der Arbeit Bussemers gedenken, die ihm die Schönheiten des Gebirges mit erschließen hat helfen und wird seiner als eines der treuesten Söhne seines Landes nicht so bald vergessen.

Dr. A. K., z. Zt. im Felde.

Unterhaltung und Belehrung

Die Ullstein-Literatur. Aus dem Felde ist schon vielfach darüber geklagt worden, daß das Lesefutter, das der Ullstein-Verlag mit großer Aufdringlichkeit vertreibt, sich draußen so breit macht und alles Bessere verdrängt. Nun kommt aus den Kreisen der ernsthaften Volksbibliothekare derselbe Warnruf. Walter Hofmann schreibt in der „Bücherhalle", dem Organ der deutschen Zentrale für volkstümliches Büchereiwesen: „Diese Gefahr wird um so größer, je mehr diese Buchverlage, wie beim Hause Ullstein, mit Zeitungsverlagen verbunden sind, wo dann die Macht großer Tageszeitungen, die für Freiheit, Fortschritt, Volksrechte und Aufklärung kämpfen, hinter dieser volksverflachenden Romanproduktion steht. Die deutschen Volksbüchereien, könnten sich ein unermeßliches Verdienst erwerben, wenn sie geschlossen den Kampf mit dieser Gefahr aufnehmen würden".

Der Ehrenausschuß. Seltsame Erfahrungen scheint man bei einer Wohltätigkeitsveranstaltung gemacht zu haben, die kürzlich im Charlottenburger Rathaus stattgefunden hat. Den Damen des Ehrenausschusses ist nämlich folgendes Dankschreiben zugegangen:

Gnädige Frau!

für die große Liebenswürdigkeit, sich aller Mühe für unsere Wohltätigkeits-Veranstaltung im Rathaus unterzogen zu haben und mir dabei solche Hilfe gewesen zu sein, sagt Ihnen hierdurch verbindlichsten Dank freundlichst grüßend

Ihre ergebene N. N.

NB. Darf ich bitten nachzufragen und mir darüber Nachricht zu geben, ob sich aus Versehen in Ihrem Einpack silberne Löffel befanden, da neun Stück fehlen"

leichtern den Baugenossenschaften und den einzelnen Versicherten die Beschaffung von Baugeld durch Uebernahme von Bürgschaften. Sie kaufen selbst in großem Umfange Land auf, um es zur Errichtung von Kleinwohnungen als Baugelände zu billigen Preisen wieder abzugeben. Sie entziehen, soweit es möglich ist, durch rechtzeitige Ankäufe aussichtsvolles Baugelände einer verteuernden Bodenspekulation. Ein bemerkenswertes Beispiel hierfür hat die Stadt Essen gegeben, die in Gemeinschaft mit der Firma Krupp größere Landflächen erworben und vor der Verteuerung bewahrt hat. Auch durch die Vergebung von Erbbaurechten, Uebernahme von Geschäftsanteilen der Baugenossenschaften, Verminderung der Baukosten, Anpassung der baupolizeilichen Anordnungen an die Verhältnisse des Kleinwohnungsbaus, durch die Verbilligung der Straßenbaukosten, Nachlaß von Gebühren und steuerliche Erleichterungen haben zahlreiche Gemeinden den Kleinwohnungsbau wirkungsvoll unterstützt.

Aus der Partei.

Zur Nachahmung empfohlen.

Aus **Söllingen** wird uns geschrieben: Zum Zeichen der Wertschätzung für die ins Feld rückenden Genossen hatte gleich bei Kriegsbeginn eine kleine Zahl Parteigenossen sich verpflichtet, sämtlichen an der Front stehenden organisierten Genossen den „Volksfreund" unentgeltlich zukommen zu lassen. 128.50 Mk. sind für diesen Zweck allein im Jahre 1917 ausgegeben und durch freiwillige Beiträge aufgebracht worden. Manchen Genossen daheim blieb vielleicht dieses Liebeswerk gänzlich unbekannt, an sie möchten wir uns nun wenden. Der Bezugspreis des Blattes ist infolge der gesteigerten Material- und Herstellungskosten gestiegen, die Zahl der ins Feld gekommenen Genossen ist immer größer geworden, da bedarf es wohl nur dieser kleinen Anregung und Aufforderung, um alle noch am Orte befindlichen Genossen und Genossinnen zu veranlassen, um des idealen Zweckes willen, ihr Scherflein beizutragen. Wir tragen dadurch ja nur einen winzigen Teil der Dankesschuld an unsere Brüder im Felde ab. Beiträge nimmt der Kassier Genosse W. Beck, entgegen.

Wir möchten diese Bitte unserer Söllinger Parteigenossen nur unterstützen, wie wir auch den Entschluß, den Genossen im Felde den „Volksfreund" zu schicken, nur begrüßen können. Wer draußen war, weiß, was die Zeitung für den Feldsoldaten bedeutet, sie wiegt so manche Liebesgabe auf. Und gerade jetzt, wo es doch kaum mehr möglich ist, Liebesgaben irgend welcher Art ins Feld zu senden, sollte die Zeitung an deren Stelle treten. Das Vorgehen der Genossen von Söllingen verdient allseitige Nachahmung. An alle Parteigenossen möchten wir die Bitte richten:

Sendet den „Volksfreund" ins Feld!

Wilhelm Stolle †. Im 76. Lebensjahre ist in seinem Wohnort Gesau in Sachsen Wilhelm Stolle nach kurzem Krankenlager gestorben. Daß Stolle die Absplitterung der Unabhängigen mitgemacht hat, ändert nichts an den großen Verdiensten, die er sich in langjähriger treuer Arbeit um die Sache der Sozialdemokratie erworben hat. Von Beruf Gärtner, schloß er sich schon in jungen Jahren nach längerer Wanderschaft der Arbeiterbewegung an. Bereits im Jahr 1870 half er die Genossenschaftsdruckerei Stolle, Schlegel u. Co. in Crimmitschau gründen, deren Zweck die Herausgabe des „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund" war. Dieses Blatt wurde ein Opfer des Sozialistengesetzes. Stolle aber ließ sich durch das Ausnahmegesetz nicht klein kriegen. Bei den ersten Wahlen unter diesem Gesetz, im Jahr 1881, sandte ihn der Wahlkreis Zwickau-Crimmitschau in den Reichstag, dem er zunächst bis 1887 und dann wieder seit 1890 ununterbrochen angehörte. Auch im sächsischen Landtag hat Stolle von 1885 bis 1897 die Interessen der Sozialdemokratie vertreten. Dem Gemeinderat in Gesau gehörte er seit 1886 an. Als aufrechter Mann von ehrlicher Biederkeit ist Stolle durchs Leben geschritten, als solcher ist er gestorben.

Auch Bernstein zieht den Trennungsstrich. Nachdem es wochenlang den deutschen Sozialdemokraten von den Unabhängigen als schlimmster „Verrat" ausgelegt worden ist, ein Wort der Kritik gegen die Bolschewiki zu sagen, ist man erstaunt, in der unabhängigen „Sozialistischen Auslandspolitik" folgende Ausführungen Eduard Bernsteins zu lesen:

„Wie es aber auch mit den materiellen Mitteln der Verteidigung Rußlands nach außen stand, so konnte sie von den Bolschewiki schon deshalb nicht wirksam betrieben werden, weil diese vom Beginn der Rückkehr von Lenin und Genossen nach Rußland an **ihre Agitation darauf eingestellt hatten, das Heer für jeden militärischen Zweck zu demoralisieren** und den „unverzüglichen Frieden" zu fordern. In welchen Widerspruch sie sich dadurch mit ihrer Verkündigung des demokratischen Friedens setzten, daß sie den unverzüglichen Frieden nur haben konnten, wenn sie bereit waren, auf den demokratischen Frieden zu verzichten, den demokratischen Frieden aber nur sicherstellen konnten, wenn sie seine Verteidigung organisierten, habe ich deutlich genug dargelegt. Ich erkenne gern an, daß Trotzky und Genossen bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk das Mögliche getan haben, was geschickte Dialektik tun konnte, einen Friedensschluß demokratischen Charakters für Rußland und dessen Randvölker zu erwirken. **Aber bei Verhandlungen im Kriege hat nicht die Dialektik des Geistes, sondern die Dialektik der Waffen das letzte Wort.**

Das konnten die Bolschewiki sich im voraus sagen. Statt aber danach zu handeln, haben sie sich und ihre Gläubigen mit dem Hinweis auf eine in Deutschland und wer weiß wo noch bevorstehende Revolution getröstet. Hier ist es unmöglich, von einem bloßen Irrtum zu sprechen, ganz abgesehen davon, daß für Politiker, und ganz besonders für Politiker in regierender Stellung, der Irrtum keine Entschuldigung ist, sondern günstigenfalls als Milderungsgrund angeführt werden kann. Indes war ein Irrtum über die Nähe einer Revolution in Deutschland bei Leuten ausgeschlossen, die über die Macht- und Parteiverhältnisse in diesem Lande so reichliche Erfahrungen zur Verfügung hatten, wie Lenin und Genossen.

So kann die Kritik sie nicht von dem Vorwurf freisprechen, für das Tilsit Rußlands mitverantwortlich zu sein. Sie kann ihnen auch nicht gestatten, ihr Teil der Verantwortung dadurch zu verringern, daß sie den Sozialisten der Zentralmächte und der westlichen Länder zurufen, nun ihretwegen schleunigst Revolution zu machen und dadurch den Randvölkern die Freiheit zu verschaffen, die sie selbst für jene verspielt haben. **Revolutionen machen sich nicht auf Wunsch und unter allen Verhältnissen.**"

Damit zieht Bernstein den Trennungsstrich zwischen den Unabhängigen und den Bolschewiki, spricht er sich unverhohlen für die nationale Verteidigung aus. Aber gilt die nationale Verteidigung nur für Rußland? Oder darf man mit ihr erst beginnen, wenn man schon auf dem Hund ist?

Kommunalpolitik.

Voranschlagsberatung in Bruchsal. Eine Bürgerausschußsitzung mit Voranschlagsberatung fand am Montag Nachmittag in der Turnhalle der Oberrealschule statt. Ursprünglich waren zwei Nachmittage vorgesehen, doch konnte die reichhaltige Tagesordnung an einem Nachmittag erledigt werden. Es waren 69 Vertreter anwesend. Die Tagesordnung umfaßte nachfolgende 11 Punkte: 1. Geländeveräußerung an Fabrikant Köller, 2. Geländeerwerb an der Büchenauerstraße, 3. Erwerbung des Anwesens von Witwe Eißler, 4. Erwerbung von Straßengelände von der St. Pauls-Pfarrei sowie der alten St. Paulskirche, 5. Dienstvertrag mit Stadtbaurat Schmidt, 6. Vergütungen für auswärtige Dienstverrichtungen, 7. Erhöhung der Begräbnisgebühren, 8. Kapitalaufnahme für die Beteiligung der Stadt an der Mittelbadischen Bahn- und Elektrizitäts-Gesellschaft sowie Aenderung einiger Bestimmungen des Gründungsvertrags und der Satzungen, 9. Errichtung einer Fliegerstation, 10. Beratung der Voranschläge für das Jahr 1918, 11. Aufnahme eines vierten Kriegsanlehens.

Sämtliche Punkte wurden angenommen. Für die Stadt brachten die genehmigten Vorlagen eine ansehnliche Summe von Ausgaben. Das beste Geschäft hatte dabei sicher die St. Paulus-Pfarrei gemacht, denn dieser wurde das Geld sozusagen nachgeschmissen. Trotz der wichtigen und einschneidenden Fragen war die Debatte nicht besonders rege. Bei den Abstimmungen stimmte nur die Sozialdemokratie bei verschiedenen Punkten dagegen. Die Sitzung, die nach 2 Uhr begann, konnte kurz vor 7 Uhr geschlossen werden. Wir werden noch auf die Sitzung zurückkommen.

Aus der Stadt.

* **Karlsruhe, 14. März.**

Wucher in Papierstofferzeugnissen.

* Der Krieg hat auch innerhalb der Textilindustrie eine große Anzahl Ersatzstoffbranchen hervorgebracht. Den hervorragendsten Platz nimmt die Papiergarn- und -Stofferzeugung ein. Nach dem Urteil von Fachleuten und nach praktischer Erprobung ist die Möglichkeit vorhanden, einen guten waschbaren Stoff zu Zwecken menschlicher Bekleidung und sonstigen Gebrauchs herzustellen. Angesichts des großen Mangels an baumwollenen, schafwollenen und leinenen Erzeugnissen glaubte die Bevölkerung, es könnte ihrem großen Bedarf nach Stoffen mit Hilfe der Papiererzeugnisse abgeholfen werden. Allgemein glaubte man auch, daß es möglich sei, diese Erzeugnisse zu erschwinglichen Preisen an das ärmere Publikum abzugeben. Leider haben sich beide Erwartungen nicht erfüllt. Die im Handel befindlichen Papierstoffe spotten qualitativ jeder Beschreibung. Die Ueberführung an das kaufende Publikum bedeutet eine schwere wirtschaftliche Schädigung und Uebervorteilung der Verbraucher.

Die Preise der aus Papier hergestellten Artikel sind in unerhörter Weise in die Höhe getrieben worden. Wie vor kurzem an kompetenter Stelle mitgeteilt wurde, kostet eine Binde, die, aus Baumwolle hergestellt, einen Preis von 75 Pfg. hat, aus Papier hergestellt 4,50 Mk. Als Ursache der geradezu unerschwinglichen Preise bei Herstellung der denkbar schlechtesten Qualität wird allgemein eine an Wucher grenzende Profitsucht der in Frage kommenden Industriellen bezeichnet. Die Gewinne der Papiergarn- und Stoff erzeugenden Unternehmungen sind nur vergleichbar mit den Gewinnen der schweren Rüstungsindustrie. In großen Vereinigungen zusammengeschlossen, verstehen sie es meisterhaft, die Not des Krieges materiell zu nützen. Die Behauptung, daß die Anschaffung teurer Maschinen, welche nach dem Kriege wertlos wären, die hohen Preise rechtfertigen, ist nicht begründet. Diese Maschinen sind in den Konjunkturjahren des Krieges längst bezahlt und verdient. Dabei sind die Löhne der in der Papiergarn- und -Stoff erzeugenden Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen außerordentlich niedrig und systematisch werden sie niedrig gehalten. Der Beweis hierfür ist der Regierung schon längst erbracht.

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes sah sich deshalb veranlaßt, in einer Eingabe an den Reichskanzler gegen die elende Bezahlung der Arbeiter, die Bewucherung des Publikums durch hohe Preise und dessen Benachteiligung durch schlechte Qualitäten ausdrücklich Einspruch zu erheben und zu bitten, durch energische Maßnahmen im Interesse der gesamten Bevölkerung der Praxis der Papiergarn- und -Stoff erzeugenden Industrie entgegentreten zu wollen. Zu dieser Maßnahme dürfte auch die Beseitigung der von militärischer Seite den Unternehmern gegebenen Garantie der Abnahme ihrer Erzeugnisse und die gesetzliche Festlegung eines angemessenen Mindestlohnes für Arbeiter und Arbeiterinnen gehören.

Erhöhung der Anwaltsgebühren und Gerichtskosten. Die Forderung der Anwälte, daß ihre Gebühren eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Erhöhung erfahren, hat in dem vom Bundesrat beschlossenen Gesetzentwurf ihre Erfüllung gefunden. Die Gebühren der Anwälte erster Instanz werden danach um drei Zehntel erhöht. Die Gebühren der Berufungsinstanz, die bereits durch das Gesetz vom 22. Mai 1910 eine Erhöhung um drei Zehntel erfahren hatten, werden um weitere zwei Zehntel heraufgesetzt. Die Gebühren der Reichsgerichtsanwälte bleiben unverändert. Gleichzeitig werden die Gerichtskosten bei Gegenständen im Wert von mehr als 200 Mark, je nach der Höhe des Objekts, um zwei Zehntel bis fünf Zehntel erhöht und die Gebühren der Gerichtsvollzieher um drei Zehntel heraufgesetzt. — Die Schreibgebühren werden von 20 Pfg. auf 40 Pfg. für die Seite erhöht.

Arbeiter-Jugend. Heute Donnerstag abend 8 Uhr im Lokal „Gambrinushalle", Ludwigsplatz, **Spiel-Abend.**

Eine Bekanntmachung über russische Staatsanleihen finden unsere Leser im Anzeigenteil der vorliegenden Nummer

Kriegsbeschädigte als Maschinensetzer. An der Setzmaschinensetzerschule Karlsruhe ist eine Gelegenheit geschaffen, um Kriegsbeschädigte Militärentlassene, gelernte Buchdrucker, Setzer und Maschinenmeister zu Setzmaschinensetzer auszubilden. Der Unterricht erstreckt sich über 12 bis 15 Wochen und wird unentgeltlich für die Zugelassenen erteilt. Anmeldungen können beim Gr. Landesgewerbeamt Karlsruhe i. B. eingereicht werden. Für die kriegsbeschädigten Teilnehmer aus Baden gewährt der „Badische Heimatdank" — Landesausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge — Beihilfen zur Bestreitung der Verpflegungskosten.

Max Viktor v. Scheffel-Stipendium. Aus der Max Viktor v. Scheffel-Stiftung ist ein Reise- und Studienstipendium an einen begabten badischen Musiker zu vergeben. Bewerbungen sind unter Anschluß der erforderlichen Nachweise (Studiums-, Leumunds-, Geburts- und Vermögenszeugnis, Staatsangehörigkeitsausweis) binnen vier Wochen bei dem Ministerium des Kultus und Unterrichts einzureichen.

Unfall mit Todesfolge. Am Montag, 11. März, vormittags, stürzte ein 82 Jahre alter, in der Kaiserstraße wohnender Privatier auf der Treppe seines Hauses, zog sich schwere innere Verletzungen zu und starb an deren Folgen gestern früh.

Städt. Konzerthaus. Heute Donnerstag, 14., findet eine Aufführung der „Journalisten" statt. Anfang 7 Uhr (1—3,50 Mk.).

Letzte Nachrichten.

England unter dem Druck des Tauchbootkrieges.

WTB. **Bern,** 13. März. (Nicht amtlich.) Lord Beresford richtete im Unterhause die Aufmerksamkeit der Regierung auf die ernsthaften Verheerungen, die der Tauchbootkrieg unter den zwischen Irland und Großbritannien verkehrenden Schiffen anrichtete, und wies auf die Folgen hin, die die Vernichtungen für die Verpflegung des Landes hätten. Der Redner betonte, daß die Lage mit jedem Tage ernster werde. Der Grund liege in der ungenügenden Verteidigung. In Westengland wurde angenommen, daß Sperren in den Docks des Bristol-Kanals die Tauchbootorganisation förderten. Diese Docks sollten Ausländern unzugänglich gemacht werden, außerdem sollten Geleitzüge für den Verkehr in der Irischen See eingerichtet werden. Man verliere Schiffe in einem solchen Tempo, daß, wenn dies anhalte, bald keine Schiffe für den Verkehr in der Irischen See übrig sein würden.

Lytton gab zu, daß die Tauchboote in den letzten zwei Monaten im Irischen Kanal besonders tätig und deshalb die Verluste dort größer gewesen seien als in früheren Zeitpunkten, aber keine Maßnahme der Admiralität vermöchte derartige Schiffsverluste zu verhindern. Auch sei es eine schlimme Uebertreibung, daß angeblich bald keine Schiffe für den Verkehr in der Irischen See mehr übrig sein würden. Die von Lord Beresford anempfohlenen Geleitzüge würden sich nicht empfehlen, weil durch die Zusammenstellung, sowie durch die Entladung gleichzeitig einlaufender Schiffe Zeit verloren würde. Das Gerede von deutschen Spionen sei zurückzuweisen. Es sei ein Verbrechen des Publikums, alle Unfälle des Krieges, die der Wachsamkeit der Regierung entgehen, deutschen Spionen zuzuschreiben.

Die englischen Arbeiter und der Krieg.

WTB. **Rotterdam,** 12. März. (Nicht amtlich.) Dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant" zufolge erfahren die „Times", daß der Maschinenarbeiter-Verband die Rekrutierungsvorschläge der Regierung in vollem Umfang angenommen habe. Es wurde vereinbart, daß man mit der Aushebung der Mannschaften ungehindert fortfahren und daß nicht gestreikt werden solle.

Das Todesurteil gegen Bolo Pascha und Porchères bestätigt.

WTB. Amsterdam, 13. März. (Nicht amtlich.) Wie das Reuterische Büro aus Paris erfährt, ist die Berufung Bolos und Porchères abgelehnt.

Briefkasten der Redaktion.

Volksmuse. Aus verschiedenen Gründen ist es nicht angängig, Ihre Gedichte zu bringen. Wollen Sie uns Ihre genaue Adresse angeben, damit wir Ihnen schreiben können.

Briefkasten der Expedition.

Abonnent in Eigeltingen. Sie meinen es gut mit uns; aber die Streifbänder lassen sich so nicht wieder verwenden.

Wasserstand des Rheins.

14. März.

Schusterinsel 86 cm gef. 1 cm, Kehl 1.86 m gef. 1 cm Maxau 3.31 m, gef. 2 cm, Mannheim 2.39 m, gef. 3 cm.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil **Hermann Kadel;** für den Inseratenteil **Gustav Krüger,** beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24

Die Bekanntmachung Nr. W. M. 90/12. 17. K. R. A. vom 1. März 1918 enthält einen Nachtrag zu der Bekanntmachung Nr. W. M. 1300/12. 15 K. R. A. vom 1. Februar 1916, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken für Heer, Marine und Feldpost.

Durch diesen Nachtrag sind Handsäcke, Handschützer und alle anderen zum Schutze der Hände bei Betriebsarbeiten geeigneten Web-, Wirk-, Strick-, Filz- und Seilerwaren beschlagnahmt und meldepflichtig geworden. (Auch Anfaßlappen.) Die erste Meldung ist bis zum 15. März 1918 an das Webstoffmeldeamt zu erstatten. Der am 1. März 1918 vorhandene Bestand ist für sie maßgebend.

Der genaue Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den **Bürgermeisterämtern** und **Polizeibehörden** einzusehen. 2878

Am 28. Februar 1918 ist eine **Bekanntmachung** Nr. L. 1./2. 18. K. R. A., betreffend **Höchstpreise** für **Eichen-** und **Fichtengerbrinde** erschienen, die an Stelle der bisher in Kraft gewesenen Bekanntmachung Nr. L. 1./3. 17. K. R. A. vom 20. März 1917 getreten ist.

Durch die neue Bekanntmachung werden **Höchstpreise** für **geschälte** und **ungeschälte Eichen-** und **Fichtengerbrinde,** auch soweit sie im fiskalischen Besitz oder Eigentum stehen oder aus dem Ausland eingeführt sind, festgesetzt. Die Höchstpreise sind gegenüber den vorjährigen Höchstpreisen erhöht worden. Die vollen Höchstpreise gelten jedoch nur bei Gerbrinden, die nicht auf dem Stamm verkauft werden, und bei deren Lieferung die Vertragsparteien bestimmte, in der Bekanntmachung besonders vorgeschriebene Lieferungsbedingungen vereinbart haben.

Der Wortlaut der Bekanntmachung, die eine größere Anzahl für die beteiligten Kreise wichtiger Einzelbestände **enthält, ist bei den Bürgermeisterämtern** und **Polizeibehörden** einzusehen. 2877

Bekanntmachung

über russische Staatsanleihen und staatlich garantierte Wertpapiere.

Der am 3. März d. J. unterzeichnete deutsch-russische Friedensvertrag enthält u. a. folgende Bestimmungen:

Abs. 1. Jeder vertragschließende Teil mit Einschluß seiner Gliedstaaten wird sofort nach der Ratifikation des Friedensvertrages die Bezahlung seiner Verbindlichkeiten, insbesondere den öffentlichen Schuldendienst, gegenüber den Angehörigen des anderen Teiles wieder aufnehmen. Die vor der Ratifikation fällig gewordenen Verbindlichkeiten werden binnen sechs Monaten nach der Ratifikation bezahlt werden.

Abs. 2. Die Bestimmung des Absatzes 1 findet keine Anwendung auf solche gegenüber einem Teil bestehenden Forderungen, die erst nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages auf Angehörige des anderen Teiles übergegangen sind.

Mit Rücksicht auf diese Vereinbarungen ist es erforderlich, alsbald festzustellen, welche Stücke von russischen Staatsanleihen, staatlich garantierten Eisenbahn-Obligationen und sonstigen Wertpapieren mit Garantie des russischen Staates, sowie welche bereits fällig gewordenen Zinsscheine und Stücke von solchen Papieren sich in deutschem Eigentum befinden. Zu diesem Zweck ergehen folgende Aufforderungen:

A. betreffend die Abstempelung der Stücke von russischen Staatsanleihen und staatlich garantierten Wertpapieren.

Die deutschen Eigentümer von russischen Staatsanleihen, staatlich garantierten Eisenbahn-Obligationen und sonstigen Wertpapieren mit Garantie des Russischen Staates werden hierdurch aufgefordert, ihre Stücke bis zum 15. März d. J. zur Abstempelung bei einer Reichsbankanstalt, und zwar tunlichst bei derjenigen, bei der sie auf Grund der Bekanntmachung über die Anmeldung von Wertpapieren vom 23. August 1916 (R.G.Bl. S. 352) angemeldet worden sind (in Berlin bei der Reichshauptbank, Lombardkontor), einzureichen.

Zugelassen werden solche Stücke,

1. deren Anmeldung bei der Reichsbank auf Grund der Bekanntmachung vom 23. August 1916 erfolgt ist;
2. die auf Grund dieser Bekanntmachung anzumelden gewesen wären, deren Anmeldung aber aus nachweislich entschuldbaren Gründen unterlassen worden ist;
3. die nachweislich nach dem 30. September 1916, aber vor dem 3. März 1918 in das Eigentum von deutschen Erwerbern übergegangen sind.

Die Wertpapiere sind mit sämtlichen nach dem 3. März 1918 (neuen Stils) fälligen Zinsscheinen und mit den Talons unter Beifügung genauer, für jede Wertpapiergattung besonders aufzustellender und in der Nummernfolge geordneter Nummernverzeichnisse einzureichen.

Soweit die Stücke nicht sofort bei der Einreichung abgestempelt werden können, verbleiben sie bis zur Abstempelung bei der Reichsbankanstalt. In diesem Falle werden die abgestempelten Stücke nur gegen Rückgabe der bei der Einreichung ausgestellten Quittung wieder ausgehändigt.

Bei Einreichung der Papiere und der Nummernverzeichnisse haben die Einreicher schriftlich zu erklären, ob und wo die Papiere auf Grund der Bekanntmachung vom 23. August 1916 angemeldet sind. Auch kann die Beibringung der schriftlichen eidesstattlichen Versicherung verlangt werden, daß inzwischen ein Eigentumswechsel nicht stattgefunden hat.

Die Eigentümer von Wertpapieren, die sich bei Banken und Bankiers im offenen Depot befinden, werden sich wegen der Abstempelung zweckmäßig mit ihrer Depotstelle in Verbindung setzen.

Die Reichsbankanstalten sind ermächtigt, Wertpapiere zur Abstempelung auch nach Ablauf der Einreichungsfrist entgegenzunehmen, wenn glaubhaft gemacht wird, daß die Einreichung aus triftigen Gründen nicht innerhalb der Frist erfolgen konnte.

B. betreffend die Niederlegung bereits fällig gewordener Zinsscheine und Stücke der unter A. bezeichneten Wertpapiere.

Die deutschen Eigentümer von Zinsscheinen und Stücken von russischen Staatsanleihen, staatlich garantierten Eisenbahn-Obligationen und sonstigen Wertpapieren mit Garantie des Russischen Staates, die vor dem 3. März d. J. (neuen Stils) fällig geworden sind, werden aufgefordert, sie bis zum 15. März d. J. bei einer der deutschen Zahlstellen für russische Zinsscheine einzureichen, und zwar, falls bestimmte deutsche Zahlstellen auf den Zinsscheinen oder Stücken angeben sind, bei einer von diesen.

Bei oder möglichst umgehend nach der Einreichung ist die schriftliche Erklärung beizubringen, daß sich die Zinsscheine oder Stücke schon vor dem 3. März d. J. in deutschem Eigentum befunden haben. Die Glaubwürdigkeit dieser Erklärung ist von den Zahlstellen zu prüfen; auch kann die Beifügung einer schriftlichen eidesstattlichen Versicherung verlangt werden.

Ueber die eingereichten Zinsscheine und Stücke sind der Zahlstelle nach Anleihegattungen und Fälligkeiten geordnete Verzeichnisse einzureichen. Aus den Verzeichnissen muß die Anzahl und der Betrag der Abschnitte gleicher Höhe und Fälligkeit und die Gesamtzahl und der Gesamtbetrag ersichtlich sein. Die Nummern der fällig gewordenen Stücke sind anzugeben; die Angabe der Nummern der Zinsscheine ist nicht erforderlich.

Die Zinsscheine und Stücke gelten im Sinne dieser Bekanntmachung als deutsches Eigentum, solange sie bei den Zahlstellen hinterlegt bleiben. Letztere sind nicht verpflichtet, die von den einzelnen Hinterlegern bei ihnen eingereichten Zinsscheine und Stücke getrennt zu verwahren, sie dürfen bei Rückgabe von Zinsscheinen und Stücken solche in beliebigen Nummern derselben Anleihegattung an die Einreicher zurückliefern.

Die Eigentümer solcher Zinsscheine und Stücke, die sich bei Banken und Bankiers im offenen Depot befinden, werden sich wegen der Einreichung zweckmäßig mit ihrer Depotstelle in Verbindung setzen.

Die Zahlstellen können Zinsscheine und Stücke auch nach Ablauf der Einreichungsfrist entgegennehmen, wenn glaubhaft gemacht wird, daß die Einreichung aus triftigen Gründen nicht innerhalb der Frist erfolgen konnte, doch haben sie sich dazu der Genehmigung der Reichsbank zu versichern. Die Einreichung von durch die Post an die Zahlstellen gesandten Zinsscheinen und Stücken wird als rechtzeitig bewirkt angesehen werden, wenn die Sendungen nachweislich innerhalb der Frist in Deutschland zur Post gegeben sind.

Berlin, den 8. März 1918. 2865

Der Reichskanzler.
In Vertretung: Freiherr v. Stein.

Bekanntmachung über Tabakanbau.

Wer auf Gemarkung Karlsruhe-Stadt im Jahre 1918 Tabak anbauen will, hat die Genehmigung hierzu durch Antrag beim städtischen Statistischen Amt (Zähringerstraße 98) bis spätestens 1. April 1918 einzuholen.

Karlsruhe, den 12. März 1918. 2876

Das Bürgermeisteramt.

Fett-Verteilung.

Von Donnerstag, den 14. März, bis Samstag, den 16. März 1918 einschließlich, wird in den

Fettverkaufsstellen Nr. 91—222

an die eingetragenen Kunden Fett (Butter, Kunstspeisefett und Margarine) abgegeben.

Kopfmenge 125 Gramm

gegen die Fettmarken A und B Nr. 81.

Die Waren müssen innerhalb der Verteilungszeit abgeholt werden. Nach Ablauf derselben sind die Marken verfallen und können nicht mehr eingelöst werden. Frist für die Abrechnung: Mittwoch, den 20. März 1918.

Karlsruhe, den 13. März 1918. 2868

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Großer
Kriegs-Atlas
1917
20 dreifarbige Karten — Reich beschriftet!
Preis gebunden 2 Mark — Klar und genau!

Inhalt:

1. Nordwest-Rußland . . 1:2000000
2. Südwest-Rußland . . 1:2000000
3. Rumänien . 1:2000000
4. Ostende-Arras 1:315000
5. Lagnon-Reims . 1:250000
6. Reims-Verdun 1:250000
7. Toul-Nancy . 1:250000
8. Colmar-Belfort 1:250000
9. Mazedonien mit einer Karte von Saloniki . . . 1:750000
10. Aegypten . . . 1:140000
11. Europa
12. Großbritannien u. Irland
13. Italienischer Kriegsschauplatz
14. Albanisch-griechische Grenze. Valona. Korfu
15. Straße von Calais (Straße von Dover)
16. Dardanellen-Straße
17. Kaukasusfront
18. Paris und Umgebung
19. London und Umgebung
20. Griechische Teilkarte: Athen-Larissa.

Handlich und dauerhaft in Taschenformat gebunden.
Preis 2 Mark (nach auswärts 20 Pfg. Porto).
Zu beziehen durch:
Buchhandlung „Volksfreund"
Karlsruhe, Luisenstraße 24, Tel. 128.

Fröbelseminar für Kindergärtnerinnen und Jugendleiterinnen mit Abschlußprüfung unter staatlicher Leitung, **Karlsruhe, Vorholzstr. 44.**
Auskunft u. Prospekte: **Karlsruhe,** Hirschstr. 126. Geschäftsstunden täglich, ausgenommen Mittwoch und Samstag, 3—4 Uhr.
Der Vorstand der Abt. II des Bad. Frauenvereins. 2869

Staatlich garantierte
russische Wertpapiere
und fällige Zinsscheine bitte sofort einzureichen. Empfehle Tausch in 2874
5%iger Reichskriegsanleihe VIII.
Bankhaus Carl Götz, Karlsruhe, Hebelstr. 11, b. Rathaus.

Einige tüchtige
Küfer oder Kübler
finden sofort dauernde Beschäftigung bei der
Gesellschaft Sinner, Abteilung Marmelade,
Karlsruhe-Grünwinkel. 2860

Ein Schreiner u. ein Blechner
für Reparaturarbeiten alsbald gesucht. Invaliden bevorzugt.
Städtisches Milchamt Karlsruhe,
Zähringerstraße 47. 2878

Vaterländische Volksfeier
im Eintrachtssaal
am Freitag, den 15. März, abends 8 Uhr.

Mitwirkende:
Hofschauspieleiter Otto Kienscherf (Vaterländische Gebete), Elisabeth Stürmer (Violine), Bruno Stürmer (Klavier), Gunnar Graarud (Tenor).

Eintritt frei. 2839

Am Eingang ist Gelegenheit für freiwillige Gaben zur Deckung der Kosten.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe
eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.
Die verehrlichen Mitglieder werden zu der am
Freitag, den 22. März, abends 8 Uhr
im großen Saal der Gesellschaft Eintracht dahier stattfindenden
ordentl. Generalversammlung
hiermit freundlichst eingeladen.

Tagesordnung:
1. Vorlage des Geschäftsbericht für 1917, Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinns und Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates.
2. Wahl zur Erneuerung des Aufsichtsrates.

Der Eintritt ist nur den Vereinsmitgliedern und nur gegen Abgabe der 1918er gelben Legitimationskarte gestattet. Für die selbständigen und an der Wahl teilnehmenden Hausfrauen ist die Galerie vorbehalten.
Der Geschäftsbericht sowie die Bilanz für 1917 liegen in dem Geschäftslokal des Vereins, Roonstraße 28, sowie in sämtlichen Vereinsläden auf und können daselbst in Empfang genommen werden.

Karlsruhe, den 14. März 1918. 2871

Der Aufsichtsrat des Lebensbedürfnisvereins Karlsruhe
eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.
In Vertretung:
Hennemann, Geh. Postrat a. D.

Schreiner, Schlosser u. Tüncher
garnisondienst- oder arbeitsverwendungsfähig, sofort gesucht. Angebote unter Chiffre **G. 1668** an die Geschäftsstelle des Volksfreund. 2866

Die Versorgung der Kriegsteilnehmer,
ihrer Familien und ihrer Hinterbliebenen.
— Neue verbesserte Auflage. —
Preis 40 Pfg.
Nach auswärts 45 Pfg. in Briefmarken.
Das Büchlein gibt Aufklärung über:
Wer hat Anspruch auf Unterstützung? / Wo muß der Anspruch erhoben werden? / Die Versorgung der Mannschaft: Der Anspruch auf Rente. / Berechnung der Rente. / Der Anspruch der Hinterbliebenen: Kriegswitwengeld. / Kriegswaisengeld. / An wen sind die Anträge zu stellen? / Invalidenversicherung von Kriegsteilnehmern und deren Hinterbliebenen.
Wer sich vor Nachteilen schützen will, muß sich das Buch anschaffen.
Buchhdlg. Volksfreund
Luisenstraße 24.

Sportwagen zu verkaufen. Marienstraße 39, S. 3. St.

Oeffentliche Versteigerung gegen Barzahlung: **Fundsachen** vom 4. Vierteljahr 1917 und **unbestellbare Frachtgüter,** darunter 1 Kiste Beleuchtungsgegenstände, 1 Fruchtputzmaschine, 1 Einkochapparat, 1 Chaiselongue, 2 Fahrräder, Säbel, Seitengewehre, 3 Pistolen, 1 Helm, 1 Stuhl für ärztliche Untersuchungen, 1 Kiste Krankenartikel, 1 Persianermuff, 1 Ruhebett, 1 Grammophon, 1 Mandoline, 1 Armbanduhr, Herren- und Damenuhren, Ringe usw. **am Dienstag den 19. März l. J.,** vormittags 8 Uhr und nachmittags 2 Uhr beginnend, in der Expreßguthalle Hbf. Die besonders genannten Gegenstände werden von 10 Uhr vormittags an ausgeboten. 2867
Karlsruhe, den 12. März 1918.
Rechnungsbüro d. Gr. Generaldir. d. Bad. Staatseisenb.

Chaiselongue
neue, zu verkaufen. 2870
Polsterei Köhler
Schützenstr. 25.

Plüschsofa mit 6 Stühlen rotbraun, preiswert abzugeben.
Levy, An- u. Verkaufsgeschäft, Markgrafenstraße 22.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheaufgebote. Ludwig Schwammberger von hier, Betriebsassistent hier, mit Emma Schäfer von hier. — Friedrich Daier von Oberriedt, Konditor hier, mit Anna Huber von Speyer. Erich Herrmann von Wurzen, Schneider hier, mit Karoline Treiber, Witwe, geb. Höhn, von Ellmendingen. Adolf Hauck von Welschneureut, Heizer hier, mit Maria Kraft, Witwe, geb. Lux, von Freiburg i. Br.

Geburten. Gertrud Erika Amalie, V. Josef Leicht, Wagenführer. Pia Maria Luise, V. Karl Riegger, Sekretariatsassistent. Karl Josef, V. Heinzmann, Schuhmacher.

Todesfälle. Sofie Kugel, 91 J. alt, Witwe von George Kugel, Kaufmann. Katharina Stübinger, 83 J. alt, Ehefrau von Wilhelm Stübinger, Landwirt. Alois Waldes, Kapellmeister, Ehemann, 56 J. alt.